

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

B 25/63  
19. Juni 1963

Johannes Karl Richter  
Die Reichszentrale  
für Heimatdienst

**Johannes Karl Richter**, geb. am 4. Mai 1927, Leiter der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin, 1954 Dipl.-Pol., 1963 Doktorprüfung.

**Herausgeber:**

Bundeszentrale für politische Bildung,  
53 Bonn/Rhein, Königstraße 85.

Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, zu richten. Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT zum Preise von DM 1.89 monatlich bei Postzustellung einschließlich Beilage ebenfalls nur an die Vertriebsabteilung. Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preise von DM 5.— zuzüglich Verpackungs- und Portokosten richten Sie bitte an die Vertriebsabteilung DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Telefon 34 12 51.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Die Reichszentrale für Heimatdienst

Anläßlich der Umbenennung der Bundeszentrale für Heimatdienst in Bundeszentrale für politische Bildung werden in dieser Ausgabe Teile einer Untersuchung abgedruckt, die sich mit der Vorläuferin der Bundeszentrale für Heimatdienst, der Reichszentrale für Heimatdienst der Weimarer Republik, befaßt.

Die gesamte Arbeit wird in Kürze von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Berlin veröffentlicht.

## Einleitung

Beim Wiederaufbau der deutschen Demokratie nach dem Zusammenbruch haben die Bundesregierung und auch die Bundesländer besondere Institutionen oder Organisationen für die staatliche politische Bildungsarbeit geschaffen. Einige von diesen tragen die Bezeichnung „Heimatdienst“, z. B. die Bundeszentrale für Heimatdienst oder die Bayerische Landeszentrale für Heimatdienst. Mit diesem Namen ist mehr oder weniger bewußt an eine staatliche Einrichtung aus der Zeit der Weimarer Republik angeknüpft worden: die Reichszentrale für Heimatdienst. Diese erste Behörde für politische Bildungsarbeit in Deutschland war ein Novum in unserem Regierungssystem, das gleichzeitig eine spezifisch deutsche Eigenentwicklung ohne ausländische Parallele darstellt. Kurz vor dem Ende des Kaiserreichs gegründet, hat die Reichszentrale für Heimatdienst eine bemerkenswerte Entwicklung durchgemacht, die heute kaum noch bekannt ist oder sogar falsch dargestellt wird.

Es ist das Ziel der vorliegenden Arbeit, die Geschichte dieser Dienststelle darzustellen und ihre politische Rolle vor dem Vergessen zu bewahren. Dabei sind drei Gesichtspunkte von Bedeutung:

1. An Hand der Darstellung der Geschichte der Reichszentrale für Heimatdienst, ihrer Arbeit und ihrer Wirkung sollen die Anfänge politischer Bildungsarbeit durch staatliche Stellen in Deutschland untersucht werden.
2. Die Reichszentrale für Heimatdienst hat darüber hinaus Aufgaben wahrgenommen, die weit über den eigentlichen Bereich der staats-

---

Teilabdruck aus einer von der philosophischen Fakultät der Freien Universität Berlin genehmigten Dissertation (Referent Prof. Dr. Fränkel, Koreferent Prof. Dr. Kotowski): Die Reichszentrale für Heimatdienst (1. 3. 1918—16. 3. 1933). Geschichte der ersten staatlichen politischen Bildungsstelle in Deutschland und Untersuchung ihrer Rolle in der Weimarer Republik.

bürgerlichen Bildung gingen. Sie erklären sich aus ihrer Entwicklungsgeschichte und hängen mit der gestiegenen Bedeutung der öffentlichen Meinung für die Regierung zusammen. Es waren zum Teil Aufgaben, die heute einem Presse- und Informationsamt der Regierung zufallen, aber auch solche, die man jetzt mit „Meinungsforschung“ und „Verfassungsschutz“ bezeichnet. Indem die Untersuchung auch diese Aspekte mit darstellt und einer Beurteilung erschließt, soll sie einen Beitrag leisten, die Entwicklung des modernen deutschen Regierungssystems zu erforschen.

3. In beiden Eigenschaften — als überparteiliche staatsbürgerliche Bildungsstelle wie als Ergänzung der Vereinigten Presseabteilung der Reichsregierung — war die Reichszentrale ein nicht unbedeutender Faktor in der Geschichte der Weimarer Republik. Unter diesem Gesichtspunkt soll die Arbeit auch ein Beitrag zur Erforschung unserer jüngsten Geschichte sein oder wenigstens den Forschern auf diesem Gebiet neue Aspekte und neues Material erschließen.

Es muß festgestellt werden: diese Arbeit ist keine historische oder publizistische Untersuchung. Ihr Hauptanliegen ist die politische Bildung. Deren Entwicklung und deren Probleme stehen im Mittelpunkt.

Heutzutage ist die Notwendigkeit besonderer staatlicher Stellen für die politische Bildung kaum noch bestritten. Jedermann muß nach den Erfahrungen des nationalsozialistischen Totalitarismus und angesichts des totalitären Kommunismus die große Bedeutung einer angemessenen politischen Bildung der Bürger für das Funktionieren unserer freiheitlichen Demokratie und die erfolgreiche Abwehr der neuen politischen Gefahren anerkennen. Es bedurfte eines langen Prozesses und schmerzlicher Lehren bis sich die Erkenntnis durchsetzte, daß politische Bildungsarbeit im demo-

kratischen Staat daher als eine ebenso legitime Aufgabe der Regierung anzusehen ist wie z. B. das Schulwesen oder die Landesverteidigung.

Wir wissen jetzt: Unsere demokratische Verfassung ist mehr als nur ein Katalog politisch-staatsrechtlicher Organisationsnormen. Wir haben vor allem gelernt, wieviel von den politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für die Verfassungswirklichkeit abhängt. Neben den gewiß auch wichtigen „Spielregeln“, die eine Verfassung festlegt, wird unser Grundgesetz von Werten und Grundsätzen geprägt, die allgemeinverbindlich sind und notfalls auch durchgesetzt werden müssen. Sie sind die eigentlichen Säulen unserer politischen Ordnung. Staatlicher politischer Bildungsarbeit geben sie ihren Inhalt, setzen aber auch gleichzeitig ihre Grenzen. In der Weimarer Republik war es anders. Ohne in ihrer Entfaltung und Wirksamkeit gehindert zu werden, konnten bedeutende politische Kräfte die Verfassung nicht nur ablehnen, sondern sogar aktiv bekämpfen. Unter solchen Umständen entbehrte die damalige politische Bildungsarbeit ihrer einzig möglichen Grundlage.

Das wichtigste Problem der überparteilichen politischen Bildung ist heute die saubere Trennung von der „Öffentlichkeitsarbeit“ der Regierung und der Propaganda der politischen Gruppen. Um Mißbrauch zu verhindern und ihre Glaubwürdigkeit nicht zu schädigen, muß daher ihrer Kontrolle besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden. Diese Kontrolle bezieht sich auf die Einhaltung der Grenzen der politischen Bildung, also besonders auf die Überparteilichkeit. Die alte Warnung idealtypischen Staatsdenkens vor dem Mißbrauch staatlicher Macht, die vor allem von den liberalen Klassikern stammt, kann insofern nicht auf die politische Bildungsar-

beit in dem oben genannten Sinn bezogen werden. Sie hat — solange sie sich ihrer eigentlichen Aufgaben und Grenzen bewußt bleibt — überhaupt nichts mit der Ausübung von Macht zu tun. Sie darf nicht in den Kampf zwischen Regierung und Opposition verwickelt werden und hat dem — gewiß zulässigen — Bemühen der Regierung um die Erhaltung ihrer Existenz fernzubleiben. Nur in einem Fall kann und muß sie ihre Zurückhaltung aufgeben: wenn die freiheitlich-demokratische Grundordnung gefährdet ist. Und die Regierung als Treuhänderin des Gemeinwohls ist in diesem Fall geradezu gehalten, sich dann aller ihr zur Verfügung stehenden Instrumente zu bedienen, also auch ihrer politischen Bildungsstellen. Die Auflösung der Weimarer Republik erklärt sich nicht zuletzt auch aus dem Fehlen dieser Einsicht.

Wie die Arbeit zeigen wird, ist die Entwicklung der politischen Bildungsarbeit in Deutschland zunächst eng mit derjenigen des Propagandawesens der Regierung verknüpft gewesen. Um so mehr ist es anzuerkennen, daß die Reichszentrale schließlich dennoch immer mehr den Weg eingeschlagen hat, den wir heute als den richtigen für die politische Bildung bezeichnen müssen. Dies ist nicht zuletzt auf das ständige Suchen und Bemühen des Mannes zurückzuführen, der von 1918 bis 1933 diese neue Dienststelle aufgebaut und geleitet hat: Ministerialrat Dr. Strahl. Er und fast alle seine aufrechten Mitarbeiter mußten ihren Einsatz für den ersten demokratischen Staat in Deutschland sogleich nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten mit dem Verlust ihrer Existenz und anderen Verfolgungen büßen. Daher sei die Arbeit auch als ein Zeichen des Dankes von einem aufgefaßt, der sich heute derselben Aufgabe mit Leidenschaft verschrieben hat.

## Die Geschichte der Reichszentrale für Heimatdienst

### a) Die Errichtung der Zentralstelle für Heimataufklärung und ihre Tätigkeit im Weltkrieg

Die Errichtung der „Zentralstelle für Heimataufklärung“ im März 1918 steht in engem Zusammenhang mit den damaligen Zentralisierungs- und Reorganisationsplänen für das gesamte Propagandawesen<sup>1)</sup>. Es war erkannt worden, daß die Reichsleitung neben der mehr

mittelbaren Beeinflussung des Volkes durch ihre Pressepolitik jetzt auch ein eigenes Instrument für die außerhalb der Presse mögliche direkte Einwirkung auf die öffentliche Meinung haben mußte. Insbesondere war dies dringend geboten, nachdem sich die Oberste Heeresleitung und auch einige zivile Ressorts eigene Apparate dafür zugelegt hatten. Außerdem waren die anderen Versuche zur Straffung des Propagandawesens ohne rechten Er-

folg geblieben. Daneben kam noch ein akuter Anlaß: Die von der Heeresleitung herausgegebenen Siegfriedens- und Durchhalteparolen blieben angesichts der sich verschlechternden Kriegslage immer mehr ohne Wirkung, insbesondere bei den Arbeitern in der Heimat<sup>2)</sup>. Hier mußte nun die politische Führung eingreifen. In gewisser Weise deutet sich darin schon der im Herbst 1918 vollzogene Übergang des Schwergewichts wieder auf die zivilen politischen Gewalten im Reiche an.

Schon im Winter 1917/18 beschäftigte sich der Direktor der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, Deutelmoser, mit Plänen zur Schaffung einer zivilen Aufklärungsstelle. Im Januar 1918 wurde der Assessor Dr. Strahl mit den Vorbereitungen für die Einrichtung der neuen Dienststelle beauftragt. Er war zu diesem Zeitpunkt Hilfsarbeiter in der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes (Referat Inlandspresse) und gleichzeitig persönlicher Referent des Direktors<sup>3)</sup>. Vizekanzler von Payer konnte bei Besprechungen über die Zusammenfassung der politischen und militärischen Propagandastellen in der Heimat im Februar 1918 für Deutelmosers Plan gewonnen werden<sup>4)</sup>.

Am 1. März 1918 wurde die Arbeit schließlich aufgenommen. Nach den Weisungen von Payers sollte Deutelmoser die neue Zentrale leiten. Das Büro selbst unterstand Dr. Strahl, dem noch H. Friedeberger (von Beruf Kunsthistoriker, damals Angestellter der Pressewarte des AA) zugeteilt wurde. Etwas später holte Deutelmoser noch den Studienrat Dr. Driesen aus dem Kriegspresseamt dazu. Mit einem Bürovorsteher, einem Kassenbanten, und

1) Die folgenden Ausführungen stützen sich neben den angegebenen Aktenfunden vor allem auf: Dr. (Richard) Strahl, Die Reichszentrale für Heimatdienst (RfH). Bericht über die Entstehung und Tätigkeit der staatlichen politischen Volksaufklärung in der Weimarer Republik, 123 Seiten und Anlagen, Bundesarchiv Koblenz, Kleine Erwerbungen Nr. 246 (unveröffentlichtes Schreibmaschinenmanuskript, 2 Exemplare; nach Mitteilung des BA in den Jahren 1956/1957 geschrieben), fortan zitiert: Strahl-Aufz.

2) Strahl-Aufz., S. 7.

3) Strahl-Aufz., S. 1 und S. 10.

4) Vogel, Walter, Die Organisation der amtlichen Presse- und Propagandapolitik des Deutschen Reiches von den Anfängen unter Bismarck bis zum Beginn des Jahres 1933, in: Die Zeitungswissenschaft, Nr. 8/9, Berlin 1941, S. 50.

einer Schreibkraft wurden gemietete Räume im dritten Stock der Potsdamer Straße 113 bezogen<sup>5)</sup>.

Als Grundlagen für die Arbeiten galten die folgenden Bestimmungen:

- a. Geschäftsordnung für den Pressechef beim Reichskanzler vom 28. Februar 1918.
- b. Richtlinien für den Aufklärungsdienst in der Heimat vom 10. März 1918.
- c. Geschäftsordnung der dem Pressechef zugewiesenen Zentrale für Heimataufklärung vom 18. März 1918.

In den genannten Richtlinien für den Aufklärungsdienst heißt es:

- „1. Das Ziel des Aufklärungsdienstes ist, die innere Kraft des deutschen Volkes im Kriege zu stählen.
2. Sein Mittel ist die Verbreitung der Wahrheit
  - a) durch Wort und Schrift,
  - b) durch Bild und Film......
9. Die Verwendung von Privatgeldern für den Aufklärungsdienst in der Heimat ist unzulässig.  
.....
12. Der Schwerpunkt der Aufklärungsarbeit ist deshalb auf die Verbreitung zuverlässigen Tatsachenstoffs zu legen.  
.....“<sup>6)</sup>

Über die Arbeitsmethoden schreibt Strahl: „Die Zentralstelle war im wesentlichen nicht als eine selbst produzierende, sondern nur als eine organisierende und auswählende, eine ergänzende und anregende, eine Art Verteilungs- und Schaltstelle gedacht; . . . Der Schwerpunkt der Durchführung, die eigentliche Aufklärungsarbeit, sollte vor allem in den freien, privaten Verbänden, im freiwilligen Einsatz geleistet werden. Außerdem sollte natürlich versucht werden, die Mitarbeit von interessierten und einflußreichen Einzelpersonlichkeiten zu gewinnen . . .“<sup>7)</sup>.

Bei der Gründung der Zentrale wurde auch sogleich ein Beirat ins Leben gerufen, der die oben erwähnte Koordinationsaufgabe ermög-

5) Strahl-Aufz., S. 10/11.

6) Strahl-Aufz., S. 10—11. Von den aus Strahl zitierten Richtlinien sind weitere leider nicht zu finden.

7) Strahl-Aufz., S. 11—12, ähnlich auch Vogel, a. a. O., S. 50—51

lichen sollte. Er setzte sich wie folgt zusammen<sup>8)</sup>:

Pressechef der Reichsregierung;  
Leiter der Zentrale für Heimataufklärung;  
Vertreter des Kriegsministers;  
Vertreter des Reichsschatzamt  
sowie

Auskunftsstelle Vereinigter Verbände  
(Geh. Reg. Rat Dr. Poensgen und Prof.  
Rühlmann);

Büro für Sozialpolitik (Prof. Dr. E. Francke  
und Prof. Dr. Heyde);

Bund deutscher Gelehrter und Künstler  
(Frhr. Heinrich von Gleichen-Russwurm);

Sonderausschuß für Auslandsorganisation  
(Prof. Dr. Jäckh<sup>9)</sup> und Dr. Heuss).

Die Nichthinziehung zu den Vorverhandlungen sowie die Zusammensetzung des Beirats rief sofort den scharfen Protest der Obersten Heeresleitung an den Kriegsminister hervor. Sie beanspruchte die Entsendung der Leiter des Kriegspresseamtes sowie der militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes in den Beirat und berief sich dabei auf die eigenen Erfahrungen und Erfolge im Propagandawesen. Vor allem aber widersprach sie der beabsichtigten Beteiligung privater Verbände und verlangte weiterhin die Zuständigkeit für den Vaterländischen Unterricht auch in der Heimat<sup>10)</sup>. Während v. Payer und Deutmoser absichtlich nur einen militärischen Vertreter in den Beirat aufgenommen hatten, um nicht den Anschein der militärischen Vormundschaft für die politische Propaganda zu erwecken<sup>11)</sup>, lag es der Obersten Heeresleitung gerade an einem

8) Vogel, a. a. O., S. 50—51; Strahl-Aufz., S. 12.  
In einem Untersuchungsbericht über die ZfH, mitverfaßt von MdR Sollmann (SPD) aus den Jahren 1920—1921 wird erwähnt, daß — nachdem die selbständige Arbeit der ZfH erst unter Erzberger eingesetzt habe — ein vergrößerter Beirat gebildet worden sei. Neue Mitglieder seien gewesen: Hermann Müller, Wissell: SPD; Umbreit: Generalkommission der Gewerkschaften; Hartmann: Verb. deutscher Gewerksvereine; Pfirman: Arb. Gemeinschaft freier Angest. Verbände; Haber: Verein deutscher Zeitungsverleger; Stegerwald: Volksverein f. d. kath. Deutschland; Keinerth: Nationallib. Partei; Haenisch: Arb. Gemeinschaft d. kaufmännischen Verbände; Renners: Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände, BA, R 43 I/2506.

9) „Von Prof. Dr. Jäckh versprochen man sich auch eine Beziehung zu den Logen.“ Strahl-Aufz., S. 12

10) Schreiben des Chefs des Generalstabes des Feldheeres vom 28. März 1918, abgedruckt bei: Vogel, a. a. O., S. 95 ff. vgl. dazu auch: Nicolai, Walter, Nachrichtendienst, Presse und Volksstimmung im Weltkrieg, S. 132, Berlin 1920.

11) Vogel, a. a. O., S. 52 ff.

starken Einfluß auf die neue Stelle. Der Kriegsminister aber wies den Anspruch der Obersten Heeresleitung zurück und hieß die Pläne der Regierung gut<sup>12)</sup>. Er erklärte sich allein für die Wahrnehmung der militärischen Interessen im Beirat zuständig, beließ jedoch den Vaterländischen Unterricht in der Heimat weiterhin beim Kriegspresseamt. Oberstleutnant von Haefthen erklärte in einer Besprechung der beteiligten militärischen Stellen:

„Es handelt sich hier um die grundsätzliche Frage, ob der Geist Ludendorffs oder Payers bei der Aufklärungsarbeit in der Heimat führen soll. Man will in der Heimat den Geist Payers herrschen lassen. Bisher hat aber nur die Oberste Heeresleitung stimmungshebend gewirkt. Der Geist Payers wird alles Starke ersticken, denn er ist ein Pazifist. Die bisherige Aufklärung wird totgemacht, und es wird hierfür Parteipolitik getrieben. Die Verbindung zwischen Heer und Heimat, die die bisherige Aufklärungsorganisation geschaffen hat, ist sehr wirksam.“<sup>13)</sup> Damit ist gezeigt, daß die neue Zentrale von Anfang an dem Widerstand und dem Mißtrauen der Militärs ausgesetzt war. Daneben müssen ihr auch die Linksparteien mit grundsätzlichem Mißtrauen gegenübergestanden haben, wie es sich beim Vaterländischen Unterricht in einer großen Reichstagsdebatte schon einmal gezeigt hatte<sup>14)</sup>. Vielleicht ist die Zurückhaltung der Reichsregierung in Propagandadingen auch auf die Rücksichtnahme auf die Linksparteien zu erklären. Ein Widerstand der Länder gegen die Gründung der Tätigkeit des ZfH konnte nicht festgestellt werden.

Strahl berichtet<sup>15)</sup>, daß die Zentralstelle „von vornherein zum Mißerfolg verurteilt“ gewesen sei. Sie durfte keine eigenen Publikationen herausgeben, sondern nur fremde, insbesondere Zeitungs- und Zeitschriftenartikel, verteilen. Hin und wieder wurden Vorträge und Reisen an die Front organisiert. Im Berliner Norden fanden Sudermanns „Bunte Abende“ statt. Der Beirat sei einige Male zusammengetreten; mit den militärischen Stellen habe

12) Schreiben des Kriegsministers an den Chef des Generalstabes des Feldheeres vom 5. April 1918, abgedruckt bei Vogel, a. a. O., S. 96

13) Zitiert nach Vogel, a. a. O., S. 53.

14) Vgl. Reichstagsprotokolle vom 6. 10. 1917 (S. 3713—56), 9. 10. 1917 (S. 3763—3806) und 11. 10. 1917 (S. 3881—82).

15) Strahl-Aufz., S. 13.

es viel Kompetenzstreitigkeiten gegeben. Im Frühjahr 1918 seien der Maler R. von Below als Bildreferent und kurz darauf Hauptmann von Graberg als Organisationsreferent (später stellvertretender Leiter) in die Zentrale übernommen worden. Nach Nicolai entfaltete die Zentrale erst im Juni eine etwas regere Tätigkeit. Er schreibt <sup>16)</sup>: „Sie trat nicht in gemeinsamen Beschlüssen in Berlin, sondern durch Unternehmen in der Provinz zutage. Diese fanden den Widerspruch der Behörden...“. Das Kriegspresseamt hatte nach wie vor auch die Heimataufklärung — besonders in Preußen — fest in der Hand. Mit ihm arbeiteten die Zivilbehörden eng zusammen, während sie die von der Zentrale angestrebte Heranziehung privater Verbände ablehnten <sup>17)</sup>.

Die Situation wurde erst besser, als im Oktober 1918 die Leitung der gesamten, auch militärischen Aufklärungstätigkeit Erzberger übertragen wurde <sup>18)</sup>. Er stand seit der Friedensresolution im Jahre 1917 in scharfer Opposition zum Kriegspresseamt <sup>19)</sup>. Aber auch mit dem Pressechef der Regierung, Deutelmoser, hatte er wegen der Gestaltung der Propaganda „dramatische Auseinandersetzungen“ <sup>20)</sup>. Sein Ziel war ein regelrechtes Propagandaministerium. Als Staatssekretär nahm er sich nun auch der Zentrale für Heimatdienst an. Die leistungsfähige Expedition des Kriegspresseamtes unter Werner Sinn wurde ihr zur Verfügung gestellt. „Er sorgte erstmalig für die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel für die Aufklärung und hielt seine Versprechungen in dieser Hinsicht auch später, als er Finanzminister geworden war.“ <sup>21)</sup>

Am 22. Oktober 1918 wurden als erste eigene Druckerzeugnisse die „Richtlinien für den Heimatdienst“ <sup>22)</sup> herausgegeben, die Erzberger inhaltlich festlegte. Sie waren in erster Linie für die Presse und damit nur für die Zivilbevölkerung bestimmt. Die Oberste Heeresleitung fürchtete, daß sie die „Empfindungen des

Offizierskorps verletzen“ würden, und gab sie daher nur auszugsweise dem Frontheer bekannt <sup>23)</sup>.

Strahl nennt als wichtigstes Ereignis der ZfH unter Erzberger in den ersten Novembertagen „eine Art Notablenversammlung aus dem ganzen Reich in Berlin“ <sup>24)</sup>. Angesichts der beginnenden Unruhen wurden etwa 80 bis 100 Männer zu verstärkter politischer Aufklärungstätigkeit aufgerufen. Es wurde u. a. auch der Versuch gemacht, gegen die partikularistische Bewegung in Bayern zu arbeiten. So schrieb Jäckh am 3. 11. 1918 an den württembergischen Ministerpräsidenten von Weizsäcker: „Wir bereiten jetzt hier Aufklärungsmaterial vor, wirtschaftliche und andere Ziffern, die auch in Bayern die Vorteile der Reichsgemeinschaft dartun sollen“ <sup>25)</sup>.

Die Zentrale für Heimatdienst stand wie auch das gesamte andere Propagandawesen noch völlig unter den Folgen der Regierungsneorganisation, als die Revolution und damit der Regimewechsel im November 1918 stattfand.

Man wird zu dem Urteil kommen müssen, daß die ZfH in der Kaiserzeit eine unbedeutende Rolle gespielt hat. Als Einrichtung der zivilen Behörden stand sie ganz im Schatten des mächtigen militärischen Propagandaapparates und konnte sich nicht entfalten <sup>26)</sup>. Im Reichstag wehrten sich zudem die Linksparteien gegen jede innenpolitische Propaganda durch die Regierung überhaupt <sup>27)</sup>. Als ihr gewisse Möglichkeiten dazu gegeben wurden, war es bereits zu spät. Wichtig ist jedoch, daß die Zentrale in dieser Zeit geschaffen wurde und daher Züge erhielt, von denen sie einige bis zuletzt beibehielt (Namen, Leitung, manche Arbeitsmethoden sowie manches der organisatorischen Gestaltung).

## b) Die Zentrale für Heimatdienst in der Zeit des Umbruchs 1918—1919

Es ist eine interessante Tatsache, daß die Zentrale für Heimatdienst — geschaffen für den Bestand und Sieg des Kaiserreichs — sich sofort dem neuen republikanischen Regime zur Verfügung stellte. Bereits am Abend des 9. November erschien der Legationsrat von

16) Nicolai, a. a. O., S. 132.

17) Thimme, Hans, Weltkrieg ohne Waffen, Stuttgart—Berlin 1922, S. 202; Nicolai, a. a. O., S. 132.

18) Vgl. auch Epstein, Klaus, Matthias Erzberger und das Dilemma der deutschen Demokratie, Berlin—Frankfurt 1962, S. 296/7.

19) Erzberger, Matthias, Erlebnisse im Weltkrieg, Stuttgart—Berlin 1920, S. 313.

20) Strahl-Aufz., S. 14.

21) Strahl-Aufz., S. 15/16. Hier soll das Urteil Strahls über Erzberger erwähnt werden: „Es war kein Mephisto, sondern nur ein an die Macht gekommener Schulmeister aus Buttenhausen . . .“, ebenda.

22) Vgl. Epstein, a. a. O., S. 297—311.

23) Thimme, a. a. O., S. 206.

24) Strahl-Aufz., S. 16.

25) Ernst Jäckh: Der goldene Pflug, Stuttgart 1954, S. 450 Tatsächlich erschien am 4. 11. 1918 die Richtlinie „Bayern und das Reich“.

26) So auch Thimme, a. a. O., S. 202.

27) Siehe Volkmann, Erich Otto, Der Marxismus und das deutsche Heer im Weltkriege, Berlin 1925, S. 171.

Schmidthals und fragte in Eberts Namen beim Leiter der Zentrale an, ob er Aufrufplakate drucken und anschlagen lassen könne. Dieser Auftrag wurde erfüllt<sup>28)</sup>. Damit war diese Behörde widerstandslos in die Dienste des neuen Systems getreten. Es können hier keine Untersuchungen zur Erklärung dieser Tatsache angestellt werden, weil Hintergrundmaterialien zur Aufhellung nicht zur Verfügung stehen. Sicher ist jedoch, daß man wirklich vom Zusammenbruch des alten Systems überzeugt gewesen sein muß, wenn gerade eine solche Stelle sich so schnell orientierte. Der Leiter der Zentrale, Dr. Strahl, hatte in Deutelmosers Auftrag ohnehin seit dem Winter 1917/18 engen persönlichen Kontakt zu den meisten führenden Sozialdemokraten gepflegt<sup>29)</sup> und war dadurch bei den neuen Männern eingeführt. Es ist damit nicht gesagt, daß er selbst sozialistisch gesinnt war. Alle seine eigenen Ausführungen und auch die Berichte über ihn besagen nichts derartiges. Er war der Typ des „pflichtbewußten preußischen Beamten“ ohne erkennbare politische Bindung. Daß er durch den freundschaftlichen Umgang mit den Sozialdemokraten allerdings aufgeschlossener für die Anliegen dieser Partei wurde, liegt nahe.

28) Strahl-Aufz., S. 17.

29) Strahl-Aufz., S. 8/9.: „ . . . Deutelmöser war es gelungen Beziehungen zu dem Bibliothekar der Freien Gewerkschaften, Sassenberg, einem überaus einsichtsvollen und vaterländisch gesinnten Manne, einer Art Gelehrtennatur, anzuknüpfen. Dieser stand innerhalb der SPD auf deren rechtem Flügel, genoß aber allgemein großes persönliches Ansehen. Bei diesem fand damals in der Kriegszeit allmonatlich ein Bierabend im Berliner Gewerkschaftshaus am Engelufer statt, bei dem sich im kleinen Kreis von 20—30 Personen alle prominenten Partei- und Gewerkschaftsführer der SPD trafen. Da Deutelmöser es nicht für angebracht hielt, selbst in diesem Kreis zu erscheinen, erhielt ich den Auftrag, ihn dort zu vertreten. Ich habe das dann im Herbst und Winter 1917/18 auch regelmäßig getan. Denn es war überaus lehrreich und — wie sich später ergeben sollte — für die Einrichtung und Entwicklung der politischen Aufklärung bedeutungsvoll, daß ich hier, obgleich selbst keineswegs Sozialdemokrat, mit vielen hervorragenden Führern dieser Partei und der Freien Gewerkschaften ganz ungezwungen zusammen sein und bekannt werden konnte. Ich lernte dort Ebert und Scheidemann, David, Otto Braun, Paul Hirsch, den „Preußenführer“ der SPD Heilmann, den späteren Staatssekretär Baake, den Chefredakteur des „Vorwärts“, Stampfer, die großen Gewerkschaftsführer Legien, Hue, Wissell, Leipart, den späteren Staatssekretär August Müller, den späteren Reichskanzler Bauer und viele andere mehr kennen. Auch der Dichter Arno Holz verkehrte dort. Obgleich ich natürlich keinen Hehl daraus machte, woher ich kam und daß ich nicht zur SPD gehörte, wurde dort auch mir gegenüber sehr offen geredet . . .“

Die Verbindung zu den neuen Machthabern wurde am 10. 11. 1918 noch verstärkt. Schmidthals, der in diesen Tagen gewissermaßen als Pressechef für Ebert fungierte<sup>30)</sup> und auch eigene Ambitionen hinsichtlich einer von ihm zu leitenden Informations-Behörde hatte, erreichte, daß die Zentrale sich für die „Informationsstelle der Volksbeauftragten“ zur Verfügung stellte<sup>31)</sup>. Sie wurde vorübergehend in die Reichskanzlei eingegliedert und übte eine ganz neue Funktion aus: Ihre alten Verbindungen und Beziehungen wurden dazu benutzt, die Machtverhältnisse in den einzelnen Teilen und Stellen des Reiches für die Volksbeauftragten zu erkunden. Bei der Verworrenheit und Turbulenz jener Tage war dies sicher eine wichtige politische Hilfe für die in Berlin zu fällenden Entscheidungen. In dieser Zeit soll die Zentrale die Bezeichnung „Reichskanzlei II“ geführt haben<sup>32)</sup>. Diese Arbeit dauerte nur ein paar Tage. Nach ihrer Erledigung wurden die alten Diensträume wieder bezogen. Nun ging eine Zeit des Kampfes um die Selbständigkeit der ZfH an. Schmidthals versuchte, die ihm unterstellte Informationsstelle auszubauen und zu einer Dauereinrichtung zu machen. Er sah die Einverleibung der ZfH als eine Voraussetzung dazu an. Strahl führt aus, daß er dies durch Verhandlungen mit dem Volksbeauftragten Dr. Landsberg hintertrieben habe<sup>33)</sup>. Die ZfH wurde nun diesem unterstellt; er kümmerte sich allerdings wenig um sie. Die Oberleitung wurde daher bald Scheidemann übertragen<sup>34)</sup>. Dessen Sekretär Rauscher zeigte großes Interesse für die Zentrale.

Der Schauplatz der Tätigkeit war vor allem Berlin, in dem, stellvertretend für das ganze Reich die grundlegenden Entscheidungen fielen. Die ZfH verfügte ohnedies noch nicht über einen eigenen funktionsfähigen Unterbau im Reich und war somit in ihrer Wirksamkeit auf Berlin beschränkt. Sie wurde bald aber stark ausgebaut, indem vor allem das Personal aus den ehemaligen militärischen Propagandastellen übernommen wurde.

Große Mengen von Flugblättern und Plakaten wurden vorbereitet<sup>35)</sup>. Sie hatten folgenden Tenor:

30) Vogel, a. a. O., S. 70.

31) Strahl-Aufz., S. 18.

32) Sincton Upclair: Die Korruptionszentrale (RfH), Berlin-Wilmersdorf 1920, S. 5.

33) Strahl-Aufz., S. 19.

34) Strahl-Aufz., S. 20.

35) Strahl spricht von 14 Mill. Flugblättern (Aufz. S. 21).

1. Zuerst Ruhe und Ordnung im Reich;
2. Erklärung der Ziele der neuen Reichsleitung;
3. Forderung nach demokratischen Wahlen und Bekämpfung der Rätediktatur.

Im Winter 1918/19 wurde für den Kampf gegen die Spartakisten ein besonderes Rednerreferat eingerichtet, das unter Leitung von Helmut Stammler (Sohn des bekannten Professors) stand. Tag und Nacht wurden einige Dutzend Redner ausgebildet und dann mit gutem Erfolg bei den Auseinandersetzungen auf den Straßen in Berlin eingesetzt<sup>36</sup>). Für die Verteilung und Verbreitung der Flugblätter wie auch bei der Auswahl der Straßenredner kam die ZfH in engste Verbindung mit den Mehrheitssozialisten und den Gewerkschaften. Sie griff dazu weitgehend auf die Hilfskräfte und den gut eingespielten Apparat dieser Organisationen zurück. Auch der Inhalt der Texte wurde mit ihnen abgestimmt. Kurt Heinig und Erwin Barth traten vielfach sogar als Texter auf. Einige Flugblätter trugen sogar die Unterschrift der SPD<sup>37</sup>). Strahl berichtet, daß im Januar 1919 eine Demonstration von Mehrheitsozialisten in der Wilhelmstraße organisiert worden sei, um ein geplantes Eindringen Liebkechts mit seinen Leuten dort zu verhindern. In den Räumen der ZfH in der Potsdamer Straße fand darüber eine Konferenz von Vertretern des SPD und der Freien Gewerkschaften statt<sup>38</sup>).

In dieser Zeit spielten auch einige andere Einrichtungen eine Rolle, die in starker Konkurrenz zur ZfH standen<sup>39</sup>). Hier ist vor allem der „Werbedienst der deutschen Republik“ zu nennen. Er war aus der „Militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes“ (Ohla) hervorgegangen und wurde von den linkssozialistischen Schriftstellern Bernhard Kellermann und Dr. Paul Zech geleitet<sup>40</sup>). Daneben arbeitete der später bekannte Schriftsteller Colin Ross als Informationschef für den Vollzugsrat. Ernster zu nehmen war nach Strahl die „ASTA-

WIBI“ (Arbeitsgemeinschaft für staatsbürgerliche und wirtschaftliche Bildung) unter Ostwald und Reckendorf. Sie war schon im Sommer 1918 gegründet worden und stand seitdem in gewisser Verbindung zur ZfH. Bei der Verteilung von Drucksachen bestand eine regelrechte Zusammenarbeit. Die ASTAWIBI wurde im Oktober 1919 aufgelöst, nachdem die grundsätzliche Entscheidung zugunsten der ZfH ausgefallen war<sup>41</sup>).

Wenn auch diese Konkurrenzeinrichtungen eine Existenzbedrohung für die ZfH waren, auf die Dauer konnten sie sich nicht durchsetzen. Die ZfH — in diesen Tagen besonders geschickt geleitet — hatte ihnen gegenüber große Vorteile:

1. Die bedingungslose und sofortige Zusammenarbeit mit den führenden Mehrheitssozialisten, die übrigens sowieso für Fragen der staatsbürgerlichen Aufklärung von der Tradition ihrer Arbeiterbildungsvereine etc. besonders aufgeschlossen waren.
2. Offensichtlich reichlich fließende Geldmittel aus verschiedenen Fonds.
3. Nützlichkeit für die neuen Gewalten und Erfolge in der Arbeit während der Revolutionsmonate.
4. Die günstige Situation, die sich auf der einen Seite aus dem Behördencharakter und auf der anderen Seite aus der unverfänglichen Bezeichnung „Heimatsdienst“ ergab.
5. Als eine bereits im Kaiserreich geschaffene staatliche Stelle konnte die ZfH noch am ehesten von der Bürokratie mit ihrem im wesentlichen unveränderten Beamtenapparat akzeptiert werden.
6. Die schärfsten Angriffe von ganz links und rechts richteten sich vor allem auf die beiden oben genannten Konkurrenzeinrichtungen. Sie gaben damit der ZfH „Windschutz“ bis diese sich langsam auf „Überparteilichkeit“ umorientieren konnte.

So fügt sich die Übernahme der ZfH durch die neuen Gewalten gut in das Bild, das wir heute von der „Revolution“ 1918 haben: die neuen Machthaber haben den Apparat und die Machtmittel des Kaiserreichs fast unverändert übernommen.

Die Bedeutung der Zentrale für Heimatsdienst in der Zeit des Umbruchs darf nicht übertrieben werden, vor allem da sich ihre Wirksamkeit hauptsächlich auf Berlin beschränkte.

36) Strahl-Aufz., S. 20.

37) Strahl-Aufz., S. 21.

38) Strahl-Aufz., S. 23.

39) Darüber auch: Vogel, a. a. O., S. 69—70.

40) Im April und Mai 1919 fanden Auseinandersetzungen zwischen dem Finanzministerium und dem Kriegsministerium wegen der Konkurrenz der Auslandsabteilung der OHL und der ZfH statt. Jene hatte sich den „Reichswehrwerbedienst“ aufgezo-gen. In einem Rundschreiben vom 12. 5. 1919 mußten Noske und der preußische Kriegsminister Reinhardt eine Förderung der ZfH empfehlen. BA, R 43 I/2501.

41) Strahl-Aufz., S. 23—24.

Wenn man aber der These folgt, daß in Berlin und durch Berlin 1918/19 grundlegende Entscheidungen für das ganze Reich fielen, so wird man feststellen können, daß die ZfH dort ein wichtiges Instrument in der Hand der demokratischen Kräfte war. Ihre Bedeutung liegt darin, daß sie wesentlich mitgeholfen hat, daß sich diese Kräfte durchsetzen konnten.

### c) Umorganisation und Ausbau 1919—1921

Bald lebte auch die alte, grundsätzliche Auseinandersetzung über eine zweckmäßige Gestaltung des gesamten Propagandawesens der Reichsregierung wieder auf. Jetzt ging es allerdings nicht nur um den sinnvollen Einbau solcher Stellen in den Behördenapparat, sondern es mußten die zahlreichen, zum Teil umfangreichen Propagandastellen der Kriegszeit bzw. deren Nachfolgeeinrichtungen liquidiert werden<sup>42</sup>). Wieder wurden Gutachten und Pläne gefertigt. Rauscher, der nach dem kurzen Zwischenspiel Schmidhals' als Pressechef fungierte, legte einen umfassenden Entwurf für ein Propagandaministerium vor. Er konnte sich allerdings nicht durchsetzen<sup>43</sup>). Statt dessen wurde Strahls weniger umfassender Plan angenommen<sup>44</sup>). Dieser sah vor allem eine Zusammenfassung der Reste der militärischen Propagandastellen bei der ZfH vor. So erhielt er den Auftrag, bis zum 1. April 1919 die Umorganisation in diesem Sinne durchzuführen und ein einheitliches Amt für Inlandsaufklärung mit etwa 100 Beschäftigten in Gestalt der ZfH zu schaffen. Immerhin waren zu diesem Zeitpunkt noch etwa 400 Personen aus den militärischen Propagandastellen und der Aufklärungsabteilung des Demobilisationsamtes unterzubringen. Dabei wurde auch das umfangreiche Material und Inventar dieser Ämter, vor allem der Militärischen Stelle des Auswärtigen Amtes, übernommen<sup>45</sup>). Wenn auch das Bild- und Filmamt (Bufa) des Kriegsministeriums nicht übernommen wurde, so konnten doch große Bestände an Bild- und Lichtbildmaterialien und die ausgebaute graphische Abteilung in die ZfH überführt werden. Damit

wurde nun die eigene Herstellung von Propagandamaterial durch die ZfH selbst erst technisch möglich. Mit der Übernahme der Aufklärungsabteilung des Demobilisationsamtes, die insbesondere wirtschaftliche Schriften und Vorträge verbreitete, kamen 60 Außenstellen im Reich hinzu. Sie bildeten den Grundstock für die späteren Landesabteilungen der ZfH. Gleichzeitig wurde das ursprünglich vom Kriegspresseamt stammende Adressenmaterial der Schriftenbezieher übernommen<sup>46</sup>). Dies war der Anfang des Systems der Vertrauensleute.

Die große Umorganisation konnte tatsächlich bis April 1919 im wesentlichen abgeschlossen werden<sup>47</sup>). Die Zentrale für Heimatdienst erhielt jetzt ihre bleibende Gestalt bis zum Ende. Den formalen Abschluß fand diese Phase erst einige Zeit später. Während der Tagung der Nationalversammlung in Weimar fand am 16. 8. 1919 unter der Leitung des Reichskanzlers eine Sitzung statt, auf der die Umorganisation der Zentrale für Heimatdienst durch die Reichsregierung anerkannt und sanktioniert wurde<sup>48</sup>). An dieser Sitzung nahmen der Chef der Reichskanzlei, Unterstaatssekretär Albert, der Pressechef Rauscher, der Leiter der ZfH, Dr. Strahl, Erwin Barth u. a. teil. Die ZfH wurde als Mittelbehörde dem Pressechef als Beamten der Reichskanzlei unterstellt. Die Geldmittel erhielt sie — wie die gesamte Presseabteilung auch — aus dem Etat des Auswärtigen Amtes. Der Leiter der ZfH, Assessor Dr. Strahl, wurde in seiner Stellung bestätigt und in eine planmäßige Beamtenstelle eingesetzt. Zum neuen Etatjahr wurde er zum Regierungsrat ernannt. Um diese Besetzung gab es ein kurzes, aber heftiges Ringen, da die SPD auf die Leiterstelle den ehemaligen Vorwärts-Redakteur Erwin Barth bringen wollte. Strahl konnte sich behaupten sicher nicht zuletzt, weil er Berufsbeamter und persona grata war<sup>49</sup>). Ein letzter, vergeblicher Versuch der SPD, die ZfH direkt in ihre Hand zu bekommen, wurde mit einem Schreiben der „Zentrale für sozialistische Arbeitsgemeinschaften“ am 11. 9. 1919 an die Reichskanzlei unternommen<sup>50</sup>). In ihm wurde zur Entmachtung die Umwandlung der ZfH in eine Koordinationsstelle vorgeschlagen.

Inzwischen war eine neue große Aufgabe für den Heimatdienst entstanden: Die Abstimmungskämpfe in Ausführung des Versailler

42) Eine Zusammenfassung wurde auch aus einem anderen Grunde notwendig. Wegen der Papierknappheit schlug die „Reichskommission zur Sicherstellung des Papierbedarfs“ vor, „... alle Reichsausgaben für Propaganda zu erfassen und die Rentabilität zu prüfen...“ (Antrag Dr. Ullstein), Schreiben des Reichswirtschaftsministers vom 23. 6. 1919. BA, R 43 I/2501

43) Strahl-Aufz., S. 24—25.

44) Vogel, a. a. O., S. 73.

45) Strahl-Aufz., S. 26.

46) Strahl-Aufz., S. 26.

47) Strahl-Aufz., S. 31.

48) Strahl-Aufz., S. 33.

Vertrages mußten publizistisch vorbereitet werden.

Zu diesem Zweck wurde eine besondere Grenzlandabteilung der RfH unter Leitung des Nordschleswigers Harro Treplin eingerichtet. Sie hatte folgende Aufgaben:

1. Weckung des Interesses im Inland,
2. Mobilisierung der im Reiche ansässigen Abstimmungsberechtigten,
3. publizistische u. ä. Arbeit in den Abstimmungsgebieten.

Strahl schreibt dazu: „Es wurde ihr die Wahrung der Reichsinteressen in der Organisation und Durchführung des Propagandakampfes, der zur Abwehr der teilweise sehr aggressiven und mit Einsatz hoher Mittel skrupellos geführten Propaganda der angrenzenden Nachbarstaaten notwendig wurde, von der Reichsregierung übertragen und anvertraut. Ich wurde zu diesem Zwecke zu einer Art Reichskommissar — natürlich ohne formelle Ernennungsurkunde — bestellt, und mir wurde — mit gleichen Rechten — ein preußischer Landeskommissar, Ministerialrat von Loebell vom Preußischen Finanzministerium beigegeben . . .“<sup>49)</sup> Dieser war allerdings auch nur für Propagandafragen zuständig. Die eigentlichen Staatskommissare für die Abstimmungen waren Dr. Köster (für Schleswig) und Dr. Lukaschek (für Oberschlesien).

---

49) Vgl. auch: Schreiben des Staatssekretärs in der Reichskanzlei an Dr. Strahl: „Aus Anlaß der Regelung der Anstellungsverhältnisse eines Teils der Angestellten der RfH bestätige ich Ihnen wunschgemäß, daß Sie Ihren Eintritt in das Beamtenverhältnis zum Reich von der Bedingung abhängig gemacht haben, daß Ihnen für einen bestimmten Zeitraum die Stelle und Verwendung als Leiter der amtlichen Aufklärungsstelle zugesichert wird. In Anbetracht dessen, daß es im Reichsinteresse liegt, Ihre besonderen Erfahrungen, die Sie seit der Gründung der Reichszentrale für Heimatdienst erworben haben, für längere Zeit im Aufklärungswesen nutzbar zu machen und der Entwicklung der Aufklärungstätigkeit größtmögliche Stetigkeit zu verleihen, beehre ich mich im Einverständnis mit dem Herrn Reichskanzler, Ihnen die Zusicherung zu geben, daß Ihnen die Stellung als Leiter des amtlichen Aufklärungsdienstes der Reichsregierung (z. Z. also der RfH) zunächst auf die Dauer von zwei Jahren ab 1. 4. 20 übertragen bleibt.

Ihre Obliegenheiten bestehen in der Leitung der Aufklärungstätigkeit, insbesondere zum Schutze des Reichsbestandes gegen alle Abtrennungs- und Loslösungsbestrebungen. Die für die Reichszentrale für Heimatdienst maßgebenden Richtlinien stellen den Umfang Ihres Arbeitsgebietes dar. gez. Albert“ — BA, R 43 I/2504. (v. 1. 4. 1920).

50) BA, R 43 I/2503.

51) Strahl-Aufz., S. 39

In Schleswig hat die Zusammenarbeit der deutschen Stellen offenbar am besten funktioniert, was sich auch am guten Erfolg der Abstimmung zeigte<sup>52)</sup>. In einem Geheimschreiben an Dr. Köster veranschlagte Dr. Strahl den Betrag von vier Millionen Mark für die dortige Arbeit<sup>53)</sup>. Am schwierigsten war das Verhältnis dagegen in Oberschlesien. Dort hatte der sehr rührige Dr. Lukaschek (später bekannt als Bundesminister) einen eigenen aktiven Propagandaapparat aufgezogen, der sich schließlich auch nach heftigen Auseinandersetzungen gegen die RfH durchsetzte<sup>54)</sup>. Daneben hat dort die katholische Kirche mit der Zentrumspartei (nach Strahl) beim Propagandakampf eine große Bedeutung gehabt. Dennoch hat die RfH in Oberschlesien ihren Beitrag in den verschiedensten Formen geleistet. In den Akten findet sich z. B. die Notiz<sup>55)</sup>, daß sie die persönliche Aussprache von Mehrheitsministern mit einflußreichen Presseleuten über Oberschlesien durch Übernahme der Organisationsunkosten ermöglicht hat.

Aber auch im Westen des Reiches entfaltete die ZfH nunmehr ihre Aktivität. Strahl schreibt darüber<sup>56)</sup>: „Wie in Berlin und im Ruhrgebiet wurde die ZfH auch im Westen, am Rhein, eingesetzt. Schon bald nach dem Umsturz hatte sie — gewissermaßen in Nachfolge des Schmidthals'schen Informationsbüros — versucht, Nachrichten in das besetzte linksrheinische Gebiet gelangen zu lassen und solche von dort aufzunehmen. Es galt vor allem, den von den Separatisten unter der Patronage der Besatzungsmächte — Frankreich und Belgien — verbreiteten wilden Gerüchten über die angeblich völlig chaotischen und unhaltbaren Zustände in Berlin und im Reich entgegenzutreten. Das geschah und konnte wegen der für Verbreiter und Empfänger damit verbundenen Gefahren weniger durch Druckschriftenverbreitung als durch mündliche Übermittlung geschehen. Von ihren Außenstellen in Kassel, dann in Frankfurt, aus

---

52) Später dagegen kritisierte „Der Schleswiger“, Flensburg, vom 3. 8. 1927 die Volkstumsarbeit der RfH. BA, R 43 I/2510.

53) BA, R 43 I/2503.

54) Nach einem Protestbrief des preuß. Innenministers vom 26. 7. 20 fand am 3. 8. 20 eine Besprechung der beteiligten Ressorts statt, auf der Lukaschek sich durchsetzen konnte. Am 6. 9. 19 wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach die RfH in Abstimmungsfragen als ein gemeinsames Organ der Reichsregierung und der Preuß. Staatsregierung handeln sollte. — BA, R 43 I/2505.

55) BA, R 43 I/2502.

56) Strahl-Aufz., S. 35—36

schickte die ZfH Kuriere in das besetzte Gebiet, um vor allem die wichtigsten Stellen und Persönlichkeiten in den mit ihr zusammenarbeitenden politischen und gewerkschaftlichen Organisationen über das Geschehen im Reich richtig zu unterrichten und auf dem laufenden zu halten. Soweit ich mich entsinne, waren es 20 Kuriere, von denen einige mit Koffer-Funkgeräten ausgestattet waren. Nun geschah indes etwas Unvorhergesehenes. Einer der Mitarbeiter der ZfH, der Zentrumsabgeordnete im Preußischen Landtag Ollmert, der Gewerkschaftsführer im Saargebiet war, wurde beim Passieren der Saargrenze von den Franzosen festgenommen. In seiner Aktentasche wurden von mir unterschriebene Anweisungen der ZfH für das Verhalten ihrer westlichen Mitarbeiter gefunden. Die ZfH und ich persönlich wurden, obgleich in den beschlagnahmten Papieren keinerlei Hinweis darauf vorliegen konnte, von der Besatzungsmacht in Verbindung mit der Vorbereitung eines Generalstreiks im Saargebiet gebracht. Es wurden von den Franzosen diplomatische Schritte bei der Reichsregierung in Berlin unternommen, die in der Forderung der Auflösung des Heimatdienstes und meiner Bestrafung gipfelten.

... Was ich nicht zu hoffen gewagt hatte, geschah: die Reichsregierung blieb fest. Sie gab zwar die Zusicherung, daß der Heimatdienst im besetzten Rheinland nicht mehr arbeiten werde, aber von der Auflösung und Bestrafung war nicht mehr die Rede. Ich verdankte diese Entscheidung in erster Linie dem Staatssekretär Albert in der Reichskanzlei, einem verständnisvollen und charakterfesten Manne — er wurde später Wirtschaftsminister —, der als alter Beamter in dieser Zeit, in der manche Angriffe auf das Berufsbeamtentum erfolgten, den Berufsbeamten wohlwollte und für sie eintrat. Aber die Franzosen behielten von dieser Zeit an noch lange ein besonderes Mißtrauen gegen den Heimatdienst. Als sie im März 1920 ihren überraschenden Vorstoß nach Frankfurt und Darmstadt machten, war eine ihrer ersten Handlungen in Frankfurt, daß sie das Büro der dortigen Landesabteilung der RfH besetzten und die Vertrauensmännerlisten beschlagnahmten . . ."

Nach den Akten der Reichskanzlei sind allerdings zwei andere Beauftragte der RfH als erste durch die Franzosen Anfang Oktober 1919 festgenommen worden (Ludwig Anders,

ehemaliger Kurdirektor von Bad Kreuznach, und Peter Weber aus Trier)<sup>57)</sup>.

Wichtig ist die Tatsache, daß seitdem in der Tat die Reichszentrale ihre Tätigkeit im besetzten Rheinland eingestellt hat. Ihre Aufgaben übernahm — gewissermaßen subsidiär — die „Rheinische Volkspflege“, die nicht als eine Reichsbehörde wie der Heimatdienst angesprochen werden konnte<sup>58)</sup>.

Dieses Prinzip der Zusammenarbeit mit Organisationen wurde übrigens auch bei der Aufklärungsarbeit über den Versailler Vertrag angewendet. Hier ist besonders — vor allem bei der Bekämpfung der Kriegsschuldthese — der rechtsorientierte „Arbeitsausschuß deutscher Verbände“ zu nennen. Als Verbindungsmann der RfH fungierte dabei Dr. Ziegler, der seit 1920 stellvertretender Leiter der RfH war. Strahl gibt drei Sonderphasen bei dieser Zusammenarbeit an<sup>59)</sup>.

1. Bekämpfung der Kriegsschuldthese.
2. Kampf um die Grenzen (Volksabstimmungen).
3. Reparationsfrage.

Dr. Walter Klein, der von 1922 bis 1934 Sekretär und Organisationsreferent des AdV war, schreibt über diese Zusammenarbeit<sup>60)</sup>:

„Zwischen der RfH und dem Arbeitsausschuß deutscher Verbände bestand kein Konkurrenzverhältnis. Im Gegensatz zur amtlichen RfH erweckte der AdV den Eindruck eines überparteilichen Zusammenschlusses aus privater Initiative (fast sämtliche Berufs- und Bevölkerungsorganisationen, Kuratorium und parlamentarischer Beirat, in dem sich nur die KPD nicht offiziell beteiligte). Der AdV wurde auf Vorschlag von Professor Jaechk durch die Initiative von Rathenau und Helferich ins Leben gerufen. Das Auswärtige Amt hat bis zur Auflösung des Arbeitsausschusses deutscher Verbände 1934 die Grundfinanzierung und politische Leitung innegehabt (sogenanntes Kriegsschuldreferat).

Dr. Wilhelm Ziegler, Organisationsreferent der RfH, war Mitglied des Kuratoriums des

57) BA, R 43 I/2506, Vermerk d. RfH.

Ein weiterer Prozeß fand am 13. 8. 1920 gegen den Leiter des Heimatdienstes in Frankfurt, Darmstadt und Heidelberg statt.

58) Zur Tätigkeit der RfH im Rheinland finden sich in einer ostzonalen Publikation Aktenhinweise. Es handelt sich offensichtlich um erhaltene Teilbestände des Reichsinnenministeriums des Archivs in Potsdam. (Peter Klein: Separatismus an Rhein und Ruhr. Berlin-Ost 1961).

59) Strahl-Aufz., S. 37.

60) Brief an den Verfasser vom 6. März 1962, darüber auch Strahl-Aufz., S. 38.

AdV. Zwischen RfH und AdV hat es in allen organisatorischen Fragen niemals Unstimmigkeiten gegeben. Die Richtlinien der RfH sind für den AdV nicht verbindlich gewesen. Es gab in dieser Hinsicht keinerlei Abhängigkeitsverhältnis. Gleichartig war die Überparteilichkeit, die aus Selbsterhaltungsgründen von beiden Stellen gepflegt werden mußte. Wenn die RfH Richtlinien für Sonderaktionen auf dem Gebiet der politischen Bildung erließ, mußten diese Richtlinien vom parlamentarischen Ausschuß ebenso wie von dem an der jeweiligen Aktion als zuständig beteiligten Ministerium gutgeheißen sein. Nicht selten hat die RfH darüber hinaus direkte Abstimmungen mit dem Reichskanzleramt sowie dem Reichspressechef und dem Auswärtigen Amt herbeigeführt.

Die RfH ist im allgemeinen den Konzeptionen gefolgt, die der AdV erarbeitete. Dem AdV oblag es, gewisse Thesen politisch zu erkämpfen. Bis dahin verhielt sich die RfH unterstützend, aber zurückhaltend. Es hat in dieser Beziehung nie Differenzen gegeben. . . .

Der AdV hat keine direkten Geldüberweisungen von der RfH erhalten. Darauf wäre er auch nicht angewiesen gewesen. Die Finanzierung des AdV erfolgte durch das Auswärtige Amt und durch eine von Preußen erlaubte öffentliche Spenden-Sammlung, die ihrerseits von staatlicher Seite und die Verwendung der Mittel von Beauftragten des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände kontrolliert wurde. In einigen wenigen Fällen hat die RfH Zuschüsse zu größeren Buchveröffentlichungen des AdV bezahlt. . . .“

Ein weiteres Aufgabengebiet der RfH war in jenen Tagen die publizistische Mitwirkung bei der Entwaffnungsaktion in Ausführung des Friedensvertrages. In den Akten wird dafür ein Betrag von drei Millionen Mark angegeben <sup>61)</sup>. Gerade dieses Beispiel zeigt, wie sehr die RfH in jenen Tagen wieder ein Instrument der Regierung gewesen ist und daß sie gewissermaßen eine Ergänzung des Presseamtes bildete. Am 1. 1. 1920 wurde für die technische Seite der Publikationstätigkeit der RfH der „Zentralverlag GmbH“ gegründet. Aus ihm ging 1922 der „Deutsche Lichtbilddienst GmbH“ hervor. Beide Firmen gehörten und unterstanden der Reichszentrale. Am 1. 8. 1920 erschien die erste Ausgabe der Halbmonatszeitschrift „Der Heimatdienst“, die bis März 1933 regelmäßig erschien.

61) Vermerk der RfH, BA, R 43 I/2506.

Die allzu enge Verknüpfung mit der Regierungspolitik führte auf der anderen Seite direkt in die große Krise der Reichszentrale, die man etwa vom Sommer 1920 bis Sommer 1921 ansetzen kann. Diese Krise nahm ihren Ausgang offenbar an einer mehr internen Kritik an der Arbeit der RfH. Der spätere — für die Redaktion des „Heimatdienst“ zuständige — Mitarbeiter Robert Breuer („Friedländer“) übte in seiner damaligen Eigenschaft als Angehöriger der Presseabteilung Kritik an der Zuverlässigkeit der Informationen der RfH <sup>62)</sup>. Daraufhin kam eine Entgegnung Strahls an den Leiter der Presseabteilung, Rauscher, mit einem für die RfH positiven Bericht Dr. Davids für den Reichskanzler <sup>63)</sup>. Damit war ein Mann für diese Stelle interessiert worden, der sie für die Regierungskoalition vor allem bei den Wahlen des Jahres 1920 einsetzen wollte. Am 24. 2. 1920 fertigte Dr. David einen Bericht über die RfH für die Regierung, den die Abgeordneten Dr. Pfeiffer und Weinhausen mit unterschrieben <sup>64)</sup>. Er enthielt folgende Punkte:

1. Bejahung der Existenz und des weiteren Ausbaus der RfH,
2. Bekämpfung der Republikgegner durch sie,
3. einige Themenvorschläge für Schriften,
4. Vorschlag zur stärkeren Einschaltung der RfH für die Regierung,
5. Vorschlag für einen „Vertrauensausschuß“ für die RfH.

Eine weitere Ursache hatte die Krise der RfH im Kapp-Putsch und seinen Folgen. Es entstand eine öffentliche und interne Diskussion über das unentschlossene Verhalten der RfH und ihrer Mitarbeiter während des Putsches, bei der man ihr Vorwürfe wegen ihres Zauderns machte. Die Haltung der RfH in dieser Zeit scheint in der Tat nicht einwandfrei gewesen zu sein, denn der gerade als Chef amtierende, sonst stellvertretende Leiter von Graberg mußte nach diesen Vorwürfen ausscheiden. Die Angriffe kamen besonders von den Leitern der Landesabteilungen, die deswegen zu einer Sonder-Konferenz nach Berlin zusammengerufen werden mußten <sup>65)</sup>. Dagegen bescheinigte der SPD-Abgeordnete Sollmann in der Reichstagsdebatte vom 4. 7. 1921 der

62) Schreiben an die RfH. PAB, Bd 1 Geheim.

63) ebenda.

64) BA, R 43 I/2504.

65) So Strahl-Aufz., S. 48; dagegen: Vermerk in den Akten der Reichskanzlei, daß am 16 und 17. 4. 1920 eine Tagung der Landesabteilungsleiter wegen der Wahlbewegung für die Regierungskoalition einberufen worden sei. BA, R 43 I/2504. Vielleicht sind beide Punkte behandelt worden.

RfH: „ . . . Gerade während des Kapp-Putsches hat die Zentrale für Heimatdienst eine erhebliche Aufklärungsarbeit im Dienste der verfassungsmäßigen Regierung geleistet; sie hat in ständiger Verbindung mit der Regierung gestanden, und ich halte es für meine Pflicht, hier auszusprechen, daß, wenn auch nicht alle, so doch ein Teil der Angestellten des Heimatdienstes damals ihre Haut für die Regierung zu Markte getragen haben. Daher auch der Kampf von rechts gegen die RfH. Es sind während des Kapp-Putsches für nahezu eine Million Mark Drucksachen für die verfassungsmäßige Regierung verbreitet worden . . .“<sup>66)</sup>.

Dr. Strahl war während dieser Zeit nicht in Berlin, sondern hielt sich wegen des Todes seines Vaters in Kassel auf. Er fuhr von dort sofort nach Stuttgart, wo sich die rechtmäßige Regierung aufhielt, und arbeitete eng mit ihr zusammen. Später begleitete er Ebert und Noske im Sonderzug auf Umwegen nach Berlin. Er kam damit wieder in ganz engen persönlichen Kontakt mit den führenden Männern der Regierung.

Nach seiner Auskunft hat die Berliner Zentrale, die den für diese Fälle bedeutenden Vorzug hatte, außerhalb des eigentlichen Regierungsviertels zu liegen, beim Kapp-Putsch wieder eine alte Tätigkeit aus den Tagen des Umbruchs aufgenommen: die Sondierung der Machtverhältnisse und der politischen Lage in den einzelnen Teilen des Reichs. Die Kenntnis dieser Dinge war für die demokratischen Kräfte bei ihrem Widerstand in Berlin von größter Wichtigkeit. Die RfH hatte mit ihrer Sonderabteilung „Rundtelefonat“, die sonst mehr der Meinungs- und Stimmungsforschung draußen in den Ländern diente, die geeignete technische Einrichtung. Von den in der Reichstagsrede Sollmanns angegebenen Drucksachen im Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch ist besonders eine Schrift Theodor Heuss zu nennen: „Kapp-Lüttwitz“ (Bln. 1920, 39 S). Sie wurde von Rechtskreisen heftig angegriffen.

Nachdem sich die Verhältnisse wieder beruhigt hatten, kam die Frage des Einsatzes der RfH für die anstehende Wahl wieder in die Diskussion. In einem Brief an Ebert schrieb Strahl<sup>67)</sup>: „Die RfH ist heute vielleicht die einzige Behörde, die über einen gewaltigen einheitlichen verfassungstreuen demo-

kratisch-republikanischen Mitarbeiterstab verfügt; sie kann, richtig eingesetzt, die stärkste Stütze der Koalitionsregierung bilden . . .

Von besonderer Wichtigkeit ist die Frage, wieweit die Tätigkeit der RfH bei der kommenden Wahlbewegung im Sinne der bisherigen Regierungspolitik nutzbar gemacht werden kann . . .“ Auch an den Reichskanzler berichtete er<sup>68)</sup>, daß die RfH nach starkem Ausbau der Regierung jetzt voll als Instrument zur Verfügung stehe und bot ihre Dienste an. Als aktuelle Beweise ihrer Leistungsfähigkeit führte er an:

1. Agitation bei der umstrittenen Verlängerung der Sechsstundenschichten im Ruhrgebiet,
2. Abstimmungskampf in Schleswig-Holstein,
3. Nachrichtendienst und Regierungspropaganda beim Kapp-Putsch,
4. Beruhigungsaktion vor und nach dem Einrücken der Reichswehr ins Ruhrgebiet.

Ursprünglich bestanden auf Initiative Dr. Davids große Pläne für den Einsatz der RfH für die Wahl im Juni 1920. Bei einer Zusammenkunft der leitenden Mitarbeiter aus der Zentrale und den Landesabteilungen erklärte er<sup>69)</sup>, „daß die äußerste Rechte, ebenso wie die äußerste Linke, Feinde der Demokratie seien. Die Aufgabe der RfH aber sei, auf Grund der Weimarer Verfassung den Gedanken der Demokratie, wie er von den Mittelparteien vertreten werde, zu unterstützen . . .“ Offensichtlich waren auch große Finanzmittel vorgesehen. Im Mai 1920 wurden diese Pläne in der Presse bekannt<sup>70)</sup> und damit ein Sturm entfacht. Auch der „Reichsbürgerrat“ griff die RfH in einem Schreiben an den Reichsinnenminister „wegen Unterstützung der SPD“ an<sup>71)</sup>. Besonderes Aufsehen rief eine Broschüre unter dem Titel „Die Korruptionszentrale“ hervor<sup>72)</sup>. Ihr Pseudonym-Verfasser Sincton Upclair, alias Hermann Wilke, war ein Redner des Rednerreferats der RfH, der kurz vor der Entlassung stand. In der Schrift

68) Schreiben Strahls vom 30. 4. 1920, BA, R 43 I/2504

69) Bericht über die Tätigkeit der RfH während der Wahlzeit 1920 vom 25. 9. 1920: BA, R 43 I/2505.

70) Ein Protokoll der Besprechung vom April, das nur für den internen Gebrauch gedacht war und nur Pläne enthielt, war an die Presse gelangt. Z. B. Nr. 202 u. 218 der „Täglichen Rundschau“ vom 3. 5. und 12. 5. 1920, DAZ vom 18. 5. 1920.

71) Abschrift eines Schreibens vom 12. 5. 1920, BA, R 43 I/2504

72) Sincton Upclair: Die Korruptionszentrale (RfH). Deutscher Aufklärungsdienst für das In- und Ausland, Berlin-Wilmersdorf 1920.

66) Reichstagsprotokolle, Bd. 350, S. 4370, vom 4. 7. 1921

67) Schreiben Strahls vom 26. 4. 1920, PAB, Bd. 1 Geheim.

hieß es <sup>73)</sup>: „Von korrupten Menschen aufge- zogen, war es das naturgemäße Los der RfH, selbst in ihren besten Tagen mehr oder weni- ger korrumpierend zu wirken; allmählich glitt sie tiefer und tiefer in den politisch-parlamen- tarischen Sumpf der schwarz-rot-goldenen Koalition, bis sie im Mai 1920 in ihrer Sünden Maienblüte stand... Es kam nichts Geringeres an den Tag, als daß mindestens zehn Millio- nen Mark Reichsgelder für die Wahlpropa- ganda der Mehrheitsparteien ausgegeben werden sollten...“ Am Schluß der Broschüre wurde die Auflösung der RfH gefordert. Sie war es vor allem, die einen Untersuchung- ausschuß auf Antrag der DNVP im Reichstag auslöste. Es wurden in diesem Ausschuß die Abgeordneten Mumm und Sollmann damit beauftragt, die Vorwürfe zu prüfen <sup>74)</sup>. Dar- über werden im Kapitel „Politische Kontrolle des Heimatdienstes“ noch Ausführungen ge- macht.

In einer Erklärung mußte etwa im Juni 1920 wegen dieser Affäre über das Wolffsche Tele- graphenbüro die Überparteilichkeit der RfH bei den vorstehenden Wahlen erklärt wer- den <sup>75)</sup>.

In einem eigenen Bericht der RfH über ihre Tätigkeit in der Wahlzeit 1920 werden die Ausgaben dafür wie folgt angegeben <sup>76)</sup>:

Zentrale:	1 199 499,55 Mark
Landesabteilungen:	618 898,94 „

Strahl berichtet <sup>77)</sup>, daß im Winter 1920/21 der Weitervertrieb der obengenannten Broschüre verboten worden sei.

Nach der Wahl wurde die RfH von der am- tierenden Regierung noch ein letztes Mal ein- gesetzt. Auf dem nun schon bewährten Wege der telefonischen Rundfrage wurde in den Lan- desabteilungen nach der Stimmung der Bevöl- kerung zur Regierungskrise gefragt. Dabei wurde insbesondere die Haltung zu einer Re- gierungsbildung ohne SPD-Beteiligung son- diert <sup>78)</sup>.

Die prompte Reaktion der neuen Regierungs- parteien war der Antrag auf Überprüfung der RfH, der am 29. 7. 1920 bei der Haushalts- beratung im Reichstag eingebracht und ange- nommen wurde <sup>79)</sup>. Nur mit größter Mühe konnte der Chef der Reichskanzlei, Albert,

diese Parteien dazu überreden, ihren Antrag auf Auflösung der RfH zurückzuhalten <sup>80)</sup>. Er erreichte dies mit dem Hinweis, daß die Re- gierung selbst eine Umgestaltung der RfH plane. Die Diskussion flammte dann erst bei den Beratungen zum neuen Haushalt vom Ja- nuar 1921 an wieder auf.

Ein bezeichnendes Licht auf die Bedeutung der RfH in dieser Zeit wirft folgender Vor- gang:

In den Jahren 1919 bis 1920 fanden in Kärn- ten und Steiermark heftige Auseinandersetz- ungen und sogar Kämpfe im umstrittenen Grenzgebiet zu Jugoslawien statt. Dabei bil- deten sich auf der österreichischen Seite ört- liche Heimatwehren, weil die Wiener Regie- rung wegen des Friedensvertrages untätig blei- ben mußte oder wollte. Die Heimatwehren und ihre Organisationen wandten sich daraufhin an die Reichsregierung in Berlin mit der Bitte um Unterstützung, allerdings ohne Erfolg. Dar- aufhin gingen sie zu einer Stelle, die offenbar besonders ihren Anliegen verpflichtet sein mußte, zum Heimatdienst. Und dort bekamen sie, wie Strahl berichtet <sup>81)</sup>, entgegen den Weisungen der Regierung wirklich Hilfe! Nach seinen Angaben wurde der Delegation eine Million Mark ausgezahlt, mit der sie Waffen kaufen und den Volkstumskampf an- derweitig unterstützen konnte. Die Mitteilung Strahls in seinen nachträglichen Aufzeichnun- gen konnte in den Akten <sup>82)</sup> insofern verifi- ziert werden, als es im Jahre 1930 zu einer Auseinandersetzung um eine Reise Dr. Strahls kam. Nicht er, sondern andere wurden näm- lich von den Kärntnern zum Jubiläum des Be- freiungs- und Abstimmungssieges eingeladen. In einem Schreiben führte er daraufhin an, was er seinerzeit für Hilfe geleistet habe. Allerdings gab er (vielleicht aus verständ- lichen Gründen) nur 500 000 Mark an. Dr. Stresemann habe ihm später Indemnität für seine Eigenmächtigkeit erteilt.

Die Notwendigkeit zur Umgestaltung der RfH war also mit dem Zugeständnis des Chefs der Reichskanzlei an die Regierungsparteien an- erkannt worden. In den Monaten danach wurden viele Pläne entworfen, die aber in den Mühlen der Bürokratie steckenblieben. Sie gingen von der völligen Auflösung der RfH über die Umwandlung in eine Aktien- gesellschaft bis zur Übernahme ins Reichs-

73) ebenda, S. 1.

74) Strahl-Aufz., S. 49.

75) Konzept, BA, R 43 I/2504.

76) ebenda, BA, R 43 I/2505.

77) Strahl-Aufz., S. 49.

78) Vermerk, BA, R 43 I/2504

79) Reichstagsprotokolle v. 29. 7. 1920, S. 386.

80) Vermerk über Vortrag am 2. 8. 20, BA, R 43 I/2507.

81) Strahl-Aufz., S. 45.

82) Brief Strahls vom 12. 11. 1930, PAB, Bd. 6.

innenministerium<sup>83)</sup>. Dr. Strahl selbst verfaßte am 13. 12. 1920 eine Aufzeichnung „Über die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit einer staatlichen Aufklärungsstelle“, in der er sich selbstverständlich für das Fortbestehen der RfH aussprach<sup>84)</sup>. Am 4. und 5. Juli 1921 fand im Verlauf der Haushaltsberatungen dann die große Grundsatzdebatte mit der Abstimmung über die RfH statt. Damit wurde ihr Schicksal entschieden und ihr Weg für die nächsten Jahre festgelegt. Mit einem Mehrheitsbeschluß wurde ihr Fortbestehen gebilligt, der Inhalt ihrer Arbeit durch eine Quasisatzung umrissen und durch die Errichtung eines parlamentarischen Beirats eine Kontrollinstanz geschaffen.

Die Jahre der Umorganisation und des Ausbaus von 1919 bis 1921 sind sicherlich die große Zeit der RfH gewesen. Sie erreichte damals ihren personellen Höchststand (rund 300 feste Mitarbeiter) und auch ihren größten Einfluß durch eine Reihe bedeutender Aktionen für die Reichsregierung. Gleichzeitig aber ist festzustellen, daß sie in dieser Zeit ganz überwiegend eine Propagandastelle der Reichsregierung geworden war und nur zu einem kleinen Teil überparteilich politische Bildung betrieb. Erst die Krise 1920-21 erzwang eine Umkehr. Nun wurden die Weichen so gestellt, daß sich dieses Verhältnis geradezu umkehrte. Erst von dieser Zeit an kann von einer wirklich folgerichtigen sachlichen und methodischen Entwicklung der eigentlichen politischen Bildung und staatsbürgerlichen Erziehung in der RfH gesprochen werden.

#### d) Die Zeit der Konsolidierung 1921—1929

Der Beschluß des Reichstags im Juli 1921 beendete zwar die Krise der Reichszentrale und gab ihrer Arbeit eine neue Richtung. Gleichzeitig hatte sie nun aber auch den Höhepunkt ihres Einflusses überschritten und geriet in eine Stagnation. Vielleicht lag es an der sich zuspitzenden Finanzsituation des Reiches, vielleicht aber auch an der Tatsache, daß die bürgerlichen Regierungsparteien dieser Dienststelle sehr viel skeptischer gegenüberstanden als die Sozialdemokraten. Dieser Prozeß drückt sich u. a. in der Zahl der Mitarbeiter aus, die

sich von 284 im Jahre 1921 auf 89 im Jahre 1924 verminderte. Obgleich die RfH immer noch ein Propagandainstrument der Regierung blieb, trat nun also eine stärkere Konzentration auf den Bereich der „staatsbürgerlichen Aufklärung“ ein.

Die Verminderung der Aktivität war offensichtlich auch allgemein aufgefallen, denn der Mitarbeiter Otto Schöny schrieb im Oktober 1921 im „Heimatsdienst“<sup>85)</sup>: „... daß die Aufklärungsstelle nicht mehr mit den marktschreierischen Mitteln und dem lauten Tamtam der Propaganda arbeitet, in der Öffentlichkeit der Anschein erweckt wird, als ob diese amtliche Reichs-Aufklärungsstelle nun in einen Dornröschenschlaf verfallen sei, aus dem sie durch den, wenn auch etwas gewaltsamen Kuß eines Ritters Feuergeist erweckt werden müßte...“. Der Schock der Krise führte gewissermaßen zu einer neuen Besinnung und Bestandsaufnahme, die eine gewisse Zeit erforderte. In den Akten finden sich keinerlei Hinweise auf größere Aktionen während des Restes des Jahres 1921. Im August gab es lediglich eine Auseinandersetzung mit dem Preußischen Ministerium des Inneren wegen der Dresdener „Liga zum Schutze der deutschen Kultur“ (Dr. von Papen), einer Tarnorganisation gegen die Fremdenlegion, die von der RfH subventioniert wurde<sup>86)</sup>. Des weiteren ist bezeichnend, daß ein Flugblatt gegen die auf Helgoland plötzlich aufgetretenen Autonomiebestrebungen herausgegeben wurde<sup>87)</sup>. In Berlin besuchten Beauftragte der RfH im September 1921 heimlich Vorträge über die Lausitz und Masaryk in tschechischen Heimatgruppen und lieferten darüber Berichte ab.

Im November fertigte Dr. Strahl eine Übersicht „Zusammenstellung amtlicher, halbamtlicher und privater Stellen, die sich mit staatsbürgerlicher Erziehung, politischer, wirtschaftlicher und kultureller Aufklärung befassen (soweit bekannt)“ an, die gleichzeitig die jeweilige Zusammenarbeit mit der RfH kennzeichnete. Diese Übersicht<sup>88)</sup> ergibt folgendes Bild:

83) Prälat Schreiber berichtet, daß auch noch 1921 dem damaligen Innenminister Köster an der RfH lag „war er für das Propagandainstitut der Reichszentrale für Heimatsdienst besonders interessiert.“ Georg Schreiber: Zwischen Demokratie und Diktatur Regensburg Münster 1949, S. 102/103.

84) BA, R 43 I/2505.

85) HD I/30, S. 293.

86) Schreiben Strahls vom 7. 12. 1921 an Dr. von Papen mit der Zusage von monatlich 7 000 Mark PAB, Bd. 3 Geheim.

87) PAB, Bd. 3 Geheim.

88) PAB, Bd. 1.

## I. Reichsbehörden:

Reichsministerium des Innern =

Rheinische Volkspflege [Aufklärung im besetzten Gebiet] (lose Zusammenarbeit mit RfH)

Flüchtlingsfürsorge des Bundes der deutschen Grenzmarkenschutzverbände

Reichsamt für Wanderung und Siedlung (Zusammenarbeit mit RfH)

Deutscher Reichsausschuß für Leibesübung  
Technische Nothilfe (Zusammenarbeit mit RfH)

Reichsfilmstelle (Zusammenarbeit mit RfH)

Reichsverkehrsministerium =

Reichszentrale für Verkehrswerbung

Auswärtiges Amt =

Zentralstelle für die Erforschung der Kriegsursachen

Filmreferat [Institut für Kulturforschung]

Reichsarbeitsministerium =

Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit in Industrie und Handwerk

Reichswehrministerium =

Inspektion des Erziehungs- und Bildungswesens bei der Reichswehr (Zusammenarbeit mit RfH)

Reichsministerium für Wiederaufbau =

Bund der Auslandsdeutschen  
Flüchtlingsfürsorge wie oben

## II. Ministerien der Länder:

### A Preußen

Preußisches Ministerium des Inneren =

Ostmarkenfonds für Grenzpropaganda (Zusammenarbeit mit RfH)

Preußisches Kultusministerium =

Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht (Zusammenarbeit mit RfH)

Ausschuß der deutschen Volksbildungsvereinigungen (Zusammenarbeit mit LA d RfH)  
Volkshochschulen

Preußisches Wohlfahrtsministerium =

Abteilung für Volksaufklärung

Provinzial- und Regierungsbehörden =

Lichtbildstellen

Volksbildungsamt beim Oberpräsidenten in Breslau

Referat Heimatschutz beim Oberpräsidenten in Königsberg

### B Bayern

Landesverband der Volksbildungsvereine (Zusammenarbeit mit LA d RfH)

Amtliche Lichtbildstelle

Landesstelle der Reichsbank zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs

Landesausschuß für hygienische Volksernährung (Zusammenarbeit mit LA d RfH)

### C Sachsen

Landesausschuß für hygienische Volksbelehrung

### D Hessen

Zentralstelle für Volksbildung und Jugendpflege

### E Hansa-Städte

Ausschuß der Oberschulbehörde für Kinematographie

Hamburgischer Landesverband für Volksgesundheitspflege.

Amtliche Lichtbildstelle im Schatz- und Landamt Lübeck.

## III. Private Aufklärungsorganisationen:

Reichsbürgerrat,

Liga zum Schutze der deutschen Kultur,

Hochschule für Politik,

Politisches Kolleg,

Arbeitsstätte für sachliche Politik Frankfurt/M,

Rhein-Mainischer Verband für Volksbildung Frankfurt/M,

daneben u. a.:

Republikanischer Reichsbund Weimar,

Deutsche Liga für den Völkerbund,

Arbeitsausschuß Deutscher Verbände,

Organisationen für das Auslandsdeutschtum.

Die Stagnation der Reichszentrale hielt offensichtlich im Frühjahr 1922 noch an. Strahl mußte im „Heimatsdienst“ schreiben <sup>89)</sup>:

„ . . . Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird sich im kommenden Jahr entscheiden, ob und in welcher Form sie eine Notwendigkeit in unserem öffentlichen Leben bleiben wird . . .“ Daneben gab er auch eine Erklärung für diese schwierige Lage: „Gleichzeitig macht sich gegenwärtig unter dem Druck der allgemeinen Wirtschaftslage nicht nur eine starke Strömung bemerkbar, die auf eine Vereinheitlichung des amtlichen Aufklärungswesens dringt, sondern auch das Bestreben, in freier Übereinkunft mit den großen privaten Volksaufklärungsorganisationen, selbstverständlich

89) HD II/5, S. 33—36.

unter völliger Wahrung ihrer Selbständigkeit, zu einer gewissen vernünftigen Arbeitsteilung zu gelangen . . ." Um der RfH neuen Auftrieb zu geben, bat Reichskanzler Wirth in einem Rundschreiben<sup>90)</sup> an die Reichsminister, die RfH „zur vorbeugenden Aufklärung der Bevölkerung bei Unruhen“ heranzuziehen oder dabei zu unterstützen. Damit identifizierte er sich gleichzeitig auch mit den Plänen, die RfH in das Reichsinnenministerium zu überführen.

Im Sommer gab es wieder einen heftigen Presseangriff gegen die RfH. In der Zeitschrift „Glocke“<sup>91)</sup> behauptete Hermann Wendel, sie leiste ebensowenig für die Republik wie die Reichswehr. Irgendwelche Folgen hatte dieser Angriff jedoch nicht.

In der zweiten Jahreshälfte 1922 scheint sich die RfH allerdings wieder gefangen zu haben. Für das kommende Winterhalbjahr wurden nun ganz konkrete Arbeitspläne<sup>92)</sup> aufgestellt.

Thematisch hatten sie folgenden Inhalt:

1. Aufklärung über den Versailler Vertrag,
2. Einführung in die Reichsverfassung,
3. Überblick über die wirtschaftliche Lage,
4. Hauptfragen der Sozialpolitik.

Die Gliederung zeigt, daß politisch kontroverse Themen absichtlich offenbar vermieden werden sollten. Auch darin drückte sich der verstärkte Zug zur staatsbürgerlichen Arbeit aus.

Zu Beginn des Jahres 1923 bot sich der Reichszentrale wieder eine neue große Aufgabe. Mit dem Ruhreinbruch der Franzosen und Belgier erhielt sie wieder Propagandaaufträge für die Regierung. Am 14. 1. 1923 organisierte die RfH in Berlin auf dem Königsplatz vor dem Reichstag eine große Versammlung mit etwa 200 000 Teilnehmern. Strahl schreibt<sup>93)</sup>, daß dies die erste große politische Massenversammlung in Deutschland überhaupt gewesen sei. Die Landesabteilung Ruhr wurde nach dem unbesetzten Hamm verlegt. Im ganzen Reich setzte eine fieberhafte Agitation gegen den Ruhreinbruch ein. In einem Geheimbericht<sup>94)</sup> vom 9. 2. 1923 erläuterte die RfH ihre gegenwärtige Tätigkeit bei dieser Auseinandersetzung:

1. Die Zusammenarbeit mit den Verbänden sei koordiniert.

90) Rundschreiben vom 17. 3. 1922, RA, R 43 I/2508.

91) „Glocke“, Heft 17, vom 24. 7. 1922.

92) Bericht der RfH, PAB, Bd. 1.

93) Strahl-Autz., S. 91

94) PAB, Bd. 1.

2. Im Ruhrgebiet werde die illegale Arbeit vor allem mit den Gewerkschaften durchgeführt. Zusätzlich seien Gewerkschaftsfunktionäre ins Ruhrgebiet entsandt worden. Deswegen sei auch die Nebenstelle in Münster verstärkt worden.

3. Ein Sonderkredit von 20 Millionen Mark sei vom Auswärtigen Amt für die Arbeit an der Ruhr bewilligt worden.

4. Der leitende Mitarbeiter der Zentralleitung in Berlin, Erwin Barth, sei mit Sonderauftrag ins Ruhrgebiet entsandt worden.

5. 100 000 Plakate „Deutsche Volksoffer“ seien in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsministerium herausgebracht worden.

6. Eine Auffangorganisation für die Ausgewiesenen werde aufgebaut.

Darüber wurden aber auch nicht die anderen Sorgen im Reich vergessen. In einem Brief vom 20. 2. 1923<sup>95)</sup> übermittelte Strahl dem Reichspräsidenten, dem Auswärtigen Amt und dem Innenministerium neben einem Bericht über die Ruhraktion den Bericht der Landesabteilung München, in dem festgestellt wurde, daß die „Nazis“ in den Hintergrund gedrängt seien“. Im April fertigte er sogar eine Denkschrift<sup>96)</sup> an: „Die Bekämpfung der rechts- und linksradikalen Bewegungen im Wege der Aufklärung“.

Der Blick wurde aber nicht nur auf das Inland gerichtet, sondern erstreckte sich sogar auf Polen. Im Mai 1924 überreichte Strahl dem Preußischen Innenministerium vertrauliche Berichte<sup>97)</sup> über die politische Lage in Polen. Dabei handelte es sich allerdings weniger um geheimdienstliche Ermittlungen als um einen allgemeinen Situationsbericht.

Inzwischen hatte die RfH einen neuen Arbeitsstil gefunden. Der Tätigkeitsbericht<sup>98)</sup> für das Etatjahr 1924 gibt über ihn folgendes Bild:

1. Im Wintersemester 1924/25 wurden 252 Wochenendtagungen mit 24 700 Teilnehmern abgehalten.

2. Im gleichen Zeitraum fanden 202 Vorträge vor der preußischen Schutzpolizei statt.

3. Außerdem wurden 16 500 Einzelvorträge genannt, die sich gliedern in:  
1 500 direkt von der RfH durchgeführte,  
7 000 unterstützte von sonstigen Trägern,  
3 000 direkt von der RfH durchgeführte

Lichtbildvorträge, sowie

95) Ebenda.

96) Denkschrift vom 13. 4. 1923, ebenda.

97) HAB, Rep 77—5771.

98) HAB, Rep 77—5773.

5 000 Lichtbildvorträge durch den Deutschen Lichtbilddienst vermittelte.

4. An die Provinzpresse wurden 150 Artikel zum Abdruck verteilt.
5. Die durchschnittliche Auflage der eigenen Massenpublikationen betrug etwa 30 000.
6. Der ehrenamtliche Mitarbeiterstab umfaßte 21 000 Vertrauensleute.
7. In allen Landesabteilungen wurde ein „Lichtbildstock“ von 10 Standardvorträgen bereitgestellt.
8. In Berlin wurden fast jeden Sonntagabend im Rahmen des Rundfunkprogramms von der RfH Vorträge veranstaltet.

Damit war das Feld für eine vielfältige, aber systematische Kleinarbeit ohne spektakuläre Aktionen abgesteckt. So ist es auch nicht verwunderlich, wenn erst aus dem Herbst 1926 wieder ein bedeutendes Ereignis in der Geschichte der RfH zu vermelden ist. Parallel zu ähnlichen Erörterungen im Reichstag fand am 30. 10. 1926 eine erste grundsätzliche Besprechung <sup>99)</sup> über die Angliederung der Zentrale an die Reichskanzlei mit der Ressort-Verantwortlichkeit des Reichskanzlers statt. Unter dem neuen Chef der Reichskanzlei, Dr. Pünder, wurde ein positives Ergebnis erzielt. Die Eingliederung selbst wurde mit Beginn des neuen Haushaltsjahres (1. 4. 1927) vollzogen. Damit war diese Dienststelle aus der unerfreulichen Zwitterstellung befreit, sowohl Teil des Auswärtigen Amtes zu sein, als auch Instrument der Reichskanzlei.

Die Reichszentrale für Heimatdienst bekam dadurch aber auch ein gesteigertes Prestige und eine gefestigtere Stellung. Aus dem Mund des Reichskanzlers Dr. Marx selbst erhielt sie bereits am 10. 10. 1926 ein großes Lob. Auf einer „Staatspolitischen Tagung“ in Essen führte er aus <sup>100)</sup>: „. . . Es ist das besondere Verdienst der Reichszentrale für Heimatdienst, daß sie in diesem Sinne wirkt. Wenn heute der Gedanke einer Volksgemeinschaft nicht mehr die Ablehnung erfährt wie vor Jahren, als ich sie als das erstrebenswerte Ziel hinstellte, so ist das wohl nicht zuletzt der unermüdlichen staatsbürgerlichen Erziehungsarbeit mit zu danken, welche die Reichszentrale für Heimatdienst geleistet hat . . .“

Am 28. und 29. Januar 1927 fand die erste Reichskonferenz der RfH für ihre etwa 200

Stamm-Redner im Vortragswesen statt <sup>101)</sup>. Die Veranstaltung wurde im großen Rahmen abgewickelt. Neben einem Empfang beim Reichskanzler sprachen u. a. die Reichsminister Dr. Stresemann und Hamm. Sinn dieser Konferenz war es, diejenigen ehrenamtlichen Mitarbeiter aus dem Lande (Beamte, Lehrer, freie Berufe und Gewerkschaftler), die über zwei Jahre in der Aufklärungsarbeit mitgeholfen hatten, einmal zusammenzufassen und mit ihnen einen Erfahrungsaustausch zu haben. Dazu kamen noch etwa 100 „Berliner Freunde und Mitarbeiter der RfH aus wissenschaftlichen Kreisen und Verbänden mit ähnlicher Aufgabenstellung“.

Aus dem gleichen Jahre liegt ein Bericht <sup>102)</sup> des stellvertretenden Leiters der RfH, Dr. Ziegler, über die (3.) Besprechung zwischen deutschen, österreichischen, ungarischen und bulgarischen Politikern“ zur Erzielung einer gewissen Konformität in der Kriegsschuldfrage, Abrüstung, Minderheiten und mitteleuropäischen Wirtschaftsfragen in Budapest“ vor. Auf diesem Gebiet arbeiteten also die ehemaligen Mittelmächte noch zusammen.

Das große Jahr der Reichszentrale für Heimatdienst war 1928. Im März 1928 konnte nämlich das zehnjährige Bestehen gefeiert werden. Aus diesem Anlaß fand eine dreitägige Feier in Berlin statt <sup>103)</sup>. Über 200 Vertreter der RfH versammelten sich. Wieder sprach Dr. Stresemann, außerdem Dr. Heuss, Dr. Pünder und Dr. Zechlin. Abends empfing der Reichskanzler Dr. Marx die Gäste. Es wurde aus diesem Anlaß eine Sonderpublikation „Zehn Jahre Reichsheimatdienst“ herausgegeben, die Beiträge prominenter Politiker und Wissenschaftler enthielt. Nach Strahl war der Herausgeber Theodor Heuss, was aber aus dem Impressum nicht ersichtlich ist.

Die Reichszentrale erhielt aus Anlaß ihres zehnjährigen Bestehens Glückwünsche aus dem ganzen Reich <sup>104)</sup>. Ihre große Zahl erlaubt die Annahme, daß sie sich zu diesem Zeitpunkt offenbar großer Wertschätzung erfreute. Neben besonderen Schreiben des Preußischen Ministerpräsidenten Braun und des Bayerischen Ministerpräsidenten Held sandten der Reichspräsident und der Reichskanzler ihre Glückwünsche <sup>105)</sup>. Hindenburg schrieb: „Der

101) Vermerk, BA, R 43 I/2509 und HD VII/4, S. 50.

102) PAB, Bd. 5.

103) Strahl-Aufz., S. 100—102.

104) Im zweiten Märzheft des Heimatdienstes ist eine ganze Seite mit einer Auswahl der Glückwünsche abgedruckt. HD VIII/6, S. 86.

105) HD VIII/5, S. 66.

99) BA, R 43 I/2509, und PAB Bd. 7 Geheim.

100) HD VI/20, S. 306.

Reichszentrale spreche ich zu ihrem zehnjährigen Bestehen meine aufrichtigen Glückwünsche aus. Mit Befriedigung habe ich ihr wertvolles und sachliches Wirken für Volk und Vaterland verfolgt. Durch ihre, von strenger Sachlichkeit getragene staatspolitische Aufklärungsarbeit, durch ihre sorgsame Pflege des Gemeinsinns und des Reichsgedankens hat die Reichszentrale für Heimatdienst sich ein bleibendes Verdienst erworben. Meine besten Wünsche begleiten ihre weitere Arbeit . . ." Und Marx führte aus: „Der Reichszentrale für Heimatdienst sende ich namens der Reichsregierung aus Anlaß ihres zehnjährigen Bestehens aufrichtige Glückwünsche. Mit Anerkennung gedenke ich ihrer wertvollen Leistungen auf dem Gebiete der staats- und nationalpolitischen Volkserziehung. Die Reichszentrale hat erfolgreich dazu beigetragen, in allen Teilen des Volkes Verständnis für die Schicksalsfragen der Nation und den Gedanken der Volksgemeinschaft zu beleben. Mit Zuversicht darf ich erwarten, daß ihre weitere Arbeit im Dienst von Volk und Reich erfolgreich und nutzbringend sein wird . . .“

Das große positive Echo in der Öffentlichkeit zeigt, daß seit dem Jahre 1921, als die Auflösung der RfH erwogen wurde, eine Wende eingetreten war. Die RfH war nunmehr allgemein anerkannt.

Auf der Internationalen Presseausstellung (Pressa) in Köln im Sommer 1928 konnte die RfH ihre Arbeit einer breiteren Öffentlichkeit anschaulich machen <sup>106)</sup>.

Gegen Ende 1928 ergab sich eine neue Sorge. Nach der Wahl Hugenbergs zum Vorsitzenden der DNVP wurde in der RfH und in der Reichskanzlei die Frage gestellt, ob eine weitere Zusammenarbeit im Heimatdienst mit dieser Partei richtig sei. Strahl setzte sich in einem Schreiben <sup>107)</sup> für die Fortsetzung ein. Er teilte bei dieser Gelegenheit mit, daß etwa 10 % der Vertrauensleute Mitglieder dieser Partei seien. Von den 47 höheren festen Mitarbeitern der RfH gehörten acht der DNVP an. Allerdings handele es sich meist um Anhänger der gemäßigten Richtung. Strahl plädierte deswegen für die Aufrechterhaltung der Verbindung, weil er glaubte, daß dadurch die Radikalität der DNVP gebremst werden könne. Seine

Argumente wurden vom Reichskanzler akzeptiert <sup>108)</sup> <sup>109)</sup>.

Im März 1929 intervenierte <sup>110)</sup> die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände gegen einen Artikel „Kaufkraft und Konjunktur“, den Fritz Tarnow im „Heimatsdienst“ veröffentlicht hatte. Nach Meinung der Arbeitgeberverbände habe er einseitig nur den Standpunkt des ADGB wiedergegeben. Irgendwelche Konsequenzen hatte dieser Einspruch jedoch nicht.

Im September 1929 trat die Reichszentrale für Heimatdienst wieder mit einer viel beachteten Aktion an das Licht der Öffentlichkeit. Am 17. 9. 1929 wurde die Wanderausstellung „Deutscher Lebenswille“ in Berlin mit starker Beteiligung von Regierungsvertretern feierlich eröffnet. Sie war aus Anlaß des zehnjährigen Verfassungsjubiläums zusammengestellt worden und sollte eine anschauliche Generalübersicht über die Leistungen der Republik geben <sup>111)</sup>.

Gewisse Erfahrungen hatte die RfH bereits im Jahre zuvor bei der Mitgestaltung der Ausstellung „Die Arbeitsgebiete des Reichsarbeitsministeriums“ und mit ihrem eigenen Stand auf der „Pressa“ auf diesem Sektor gesammelt.

Die Wanderausstellung fand in der Öffentlichkeit eine gute Aufnahme <sup>112)</sup>. Zwei oder drei weitere Fassungen wurden daraufhin für Tourneen im Reich angefertigt und auf Reisen geschickt. Diese Ausstellung war gleichzeitig der letzte Höhepunkt der Arbeit des Heimatdienstes in der Weimarer Republik. Nachdem die Etatkürzungen wegen der Wirtschaftskrise gerade ihre Arbeit besonders lähmten, mußte sie sich darauf beschränken, die laufende Routinearbeit zu bewältigen.

Die Jahre 1921 bis 1929 sind die eigentliche Blütezeit des Reichsheimatdienstes gewesen. Es gelang ihm, die Gefahr der Auflösung zu

108) Ebenda.

109) Am 7. 11. 1929 schrieb Strahl nochmals an Pünder und teilte ihm mit, daß der DNVP-Abgeordnete Hartwig über die Mißstimmung in seiner Partei wegen der Haltung der RfH im Propagandakampf um das Volksbegehren zum Youngplan berichtet habe; er habe gedroht, den Beirat zu verlassen. BA, R 43 I/2512.

110) Schreiben vom 27. 3. 1929, BA, R 43 I/2511.

111) Eine Übersicht über die thematische Gestaltung der Ausstellung findet sich im Anhang der gesamten Arbeit.

112) Die Vossische Zeitung vom 16. 1. 1930 begrüßte in einem längeren Artikel die Ausstellung, die jedoch erst im Jahre 1930 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurde.

106) Bericht Dr. Zieglers darüber in: HD VIII/13, S 215/6.

107) BA, R 43 I/2511.

überwinden, seiner Arbeit mehr und mehr den Charakter der überparteilichen politischen Bildungsarbeit zu geben, aus dem Zwitterdasein einer ominösen Dunkelstelle des Reptilienfonds herauszutreten und eine anerkannte Reichsbehörde zu werden, in der Sacharbeit die verschiedenen Bereiche durchzubilden und aufeinander abzustimmen und damit ihr die unentbehrliche Systematik zu geben, ohne die ihre Aufgaben auf die Dauer nicht bewältigt werden konnten. Es ist eine Tragik, daß die drastischen Sparmaßnahmen wegen der Wirtschaftskrise die Reichszentrale gehindert haben, auf dem eingeschlagenen und bewährten Wege weiterzuarbeiten.

### e) Niedergang und Auflösung 1930—1933

Am 13. 3. 1930 trat die RfH noch einmal als ein Propagandainstrument der Regierung auf. Im ganzen Reich wurde ein Aufruf<sup>113)</sup> Hindenburgs anlässlich der Unterzeichnung der Young-Gesetze verbreitet (Impressum: „Amtlicher Anschlag durch die Reichszentrale für Heimatdienst“), der zur Überwindung der inneren Gegensätze im Reich aufforderte. Danach begann der Abstieg.

Strahl schrieb rückblickend<sup>114)</sup>: „Aber es war nicht zu verkennen, daß sich — etwa seit 1930 — ein gewisser Abstieg vorzubereiten schien“. Obwohl das Interesse an der Arbeit der Reichszentrale gestiegen war, mußte sie wegen der Finanzlage ihre Arbeit einschränken. Dazu führt er weiter aus: „In dieser Zeit tat die Regierung Brüning, was die Möglichkeiten einer Einwirkung auf die öffentliche Meinung anlangt, einen verhängnisvollen Schritt. In dem pedantischen Eifer, im Zuge einer allgemeinen Deflations- und Devaluationsmaßnahme von 1930 schärfste Einsparungen im Staatshaushalt zu machen und dabei in der Reichskanzlei mit gutem Beispiel voranzugehen, wurden der RfH ihre Sachmittel auf die Hälfte verkürzt.“ Strahl führt als Gründe auch Brünings Rücksichtnahme auf den Hugenbergflügel in der DNVP und die Konkurrenz-Mißgunst der Mittelparteien an. In einem Gespräch mit dem Verfasser<sup>115)</sup> stimmte der ehemalige Chef der Reichskanzlei, Dr. Pünder, der These zu, daß Brüning vor allem kein Gespür für die Beeinflussung der öffentlichen Meinung gehabt habe und allein auf die Anerkennung seiner sachlichen Arbeit gesetzt habe.

113) Plakat, HAB, XII/IV, Nr. 265.

114) Strahl-Aufz., S. 104—105.

115) Telefongespräch am 23. 11. 1962 in Berlin.

Die Einsparungen führten aber auch zu einer Reduzierung der festen Mitarbeiter von 92 Anfang 1930 auf 59 Anfang 1931, wie die Haushaltspläne ausweisen.

Angesichts dieser Lage wurde beschlossen, den Schwerpunkt der weiteren Arbeit auf die Publikationen zu legen und die eigene Vortragstätigkeit weitgehend einzuschränken.

Bei den Einsparungen und Etatkürzungen allein blieb es jedoch nicht. Im Mai 1930 wurde sogar die Auflösung des Heimatdienstes wieder in Erwägung gezogen. Diesmal waren jedoch — im Gegensatz zu 1921 — einflußreiche Kräfte auf ihrer Seite. Als erster wandte sich der Landesauschuß der christlichen Gewerkschaften Bayerns an die BVP-Fraktion im Reichstag und forderte die Erhaltung der RfH<sup>116)</sup>.

Am 4. 6. 1930 sandte der amtierende Vorsitzende des Beirats der RfH, Dr. Kuelz, an den Reichskanzler folgendes Telegramm<sup>117)</sup>: „Als Vorsitzender des parlamentarischen Beirats der RfH erhebe ich schwerste Bedenken gegen deren Auflösung; gerade in schwerer Zeit ist die Aufklärungsarbeit der Reichszentrale doppelt nötig.“ Am 7. 6. 1930 sprach sich der Oberpräsident von Ostpreußen, Siehr, ebenfalls gegen die Auflösung der RfH aus<sup>118)</sup>. Ihm schlossen sich kurz danach an: Prof. Dessauer, die Reichskanzler a. D. Marx und Müller sowie der preußische Innenminister Waentig<sup>119)</sup>. Am 25. 8. 1930 ging eine Professoren- und Akademikerdenkschrift zugunsten der RfH beim Reichskanzler ein<sup>120)</sup>. Sie war u. a. unterzeichnet von Briefs, d'Estes, Haushofer, Heuss, Heller, Radbruch, Rothfels und Spranger. Der leitende Mitarbeiter der Landesabteilung Ruhrgebiet, Muckermann, „bearbeitete“ die Zentrumsparthei und teilte mit, daß auch sie für die Beibehaltung der RfH sei<sup>121)</sup>. Eine gleichlautende Mitteilung ging vom Generalsekretär dieser Partei, Hamacher, ein. Schließlich sprach sich am 26. 9. 1930 auch noch Groener für die RfH aus.

Strahl reichte vorsorglicherweise am 11. 7. 1930 eine Denkschrift „Ersparnismöglichkeiten im Aufklärungswesen“ ein<sup>122)</sup>.

Die Interventionen erreichten es offenbar, daß die Auflösungspläne fallen gelassen wurden.

116) Schreiben vom 12. 5. 1930, BA, R 43 I/2512.

117) BA, R 43 I/2513.

118) Ebenda.

119) Ebenda.

120) Ebenda.

121) Ebenda.

122) Ebenda.

Muckermann bezeichnet <sup>123)</sup> es vor allem als ein Verdienst Pünders, wenn der RfH wenigstens noch ein kleiner Etat bereitgestellt wurde.

Es ist einleuchtend, daß der Einfluß und die Einwirkungsmöglichkeiten der RfH nun stark abnahmen. Gerade zu dieser Zeit aber wäre ein intensiver Einsatz notwendig gewesen. Bereits am 6. Mai 1930 wies der Oberschulrat beim Provinzialschulkollegium Brandenburg/Berlin, Koch, auf die notwendige Arbeit gegen die Nationalsozialisten hin <sup>124)</sup>. Strahl selbst fertigte am 19. 3. 1931 eine Aufzeichnung „Über die Notwendigkeit und Möglichkeit einer Steigerung der staatspolitischen Aufklärung“ für den Reichskanzler an <sup>125)</sup>. Er forderte für diesen Zweck 1 Million Mark, um der Radikalisierung entgegenzutreten zu können <sup>126)</sup>. Frau Dr. M. E. Lüders hatte vorher schon eine Denkschrift an den Reichskanzler gesandt <sup>127)</sup> und ihn beschworen, seine Instrumente zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung zu gebrauchen. Auch mit der Reichszentrale stand sie deshalb in regem Schriftwechsel. Alles war vergebens. Lediglich im „Heimatsdienst“ sind drei Artikel über den Nationalsozialismus erschienen.

Der erste erschien im zweiten Septemberheft 1930 <sup>128)</sup> und berichtete über die „Denkschrift des Reichsinnenministeriums über die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“, in der die braunen Machenschaften und Pläne enthüllt wurden. Sodann erschien im ersten Januarheft 1931 <sup>129)</sup> eine „objektive Darstellung“ des Programms des Nationalsozialismus, in der keine Stellung genommen wurde. Im zweiten Februarheft 1931 <sup>130)</sup> kam dann der letzte Artikel „Die Ziele des Nationalsozialismus“ heraus. In ihm wird eine gemäßigte Kommentierung der Hauptprogrammpunkte der NSDAP gegeben. Er fällt durch seine Zurückhaltung auf und ist keinesfalls als polemisch zu werten, sondern eher ironisch.

Die beklagenswerte Zurückhaltung der Reichsregierung in der Bekämpfung der Nationalsozialisten spiegelt sich also auch im Einsatz der RfH wider. Vorbei waren die Zeiten, als sich diese Dienststelle für die Durchsetzung und Erhaltung der Demokratie wie 1918/19

und auch später bewähren konnte! Strahl schreibt darüber <sup>131)</sup>: „Da das Reich in der propagandistischen Bekämpfung der radikalen Kräfte so unentschlossen war, zog Preußen in dieser Hinsicht die Initiative an sich. Unter dem Vorsitz des Staatssekretärs Abegg vom Preußischen Ministerium des Inneren wurde ein Ausschuß konstituiert, in dem sich Vertreter preußischer Behörden, der Mittelparteien, des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold und die Gewerkschaften trafen. Ich selbst war auch eingeladen und von der Reichskanzlei gebeten worden, gewissermaßen als Beobachter teilzunehmen. Der Ausschuß tagte verschiedentlich. Es offenbarte sich in ihm viel guter Wille, aber auch völlige Hilflosigkeit, ein Dilletantismus ohnegleichen . . .!“

Neben dieser großen Sorge gab es außerdem noch kleinere Probleme. Am 5. Mai 1930 mußte Strahl in einer Unterredung mit dem stellvertretenden Direktor des Volksvereins für das katholische Deutschland, van den Boom, eine Reihe von Mißverständnissen, die sich aus einer gewissen Konkurrenz beider Einrichtungen erklären, beseitigen <sup>132)</sup>. Am 20. Mai 1930 erhob die Reichskanzlei Einwendungen <sup>133)</sup> gegen einen geplanten Schülerwettbewerb, weil „die Schüler dadurch zu sehr in den Vordergrund träten, die Länder erst zustimmen müßten und es außerdem nicht nötig sei, immer neue Ideen zu entwickeln“! In einem Schreiben vom 12. 6. 1930 <sup>134)</sup> forderte der Caritasverband schließlich, das Wohlfahrtswesen in die Arbeit der RfH einzubeziehen, wobei sicherlich an Subventionen gedacht war.

Im Herbst des Jahres 1930 griff die „München-Augsburger Abendzeitung“ die im August von der RfH herausgegebene „Richtlinie Nr. 201: Auf dem Wege zur Reichsreform“ heftig an <sup>135)</sup>. Die Schlagzeile lautete: „Reichszentrale für Heimatzerstörung“, weil in der Schrift zu zentralistische Töne angeschlagen worden waren. Die Angelegenheit führte sogar zu einem Protest des Bayerischen Ministerpräsidenten Held <sup>136)</sup>.

Die allgemeine Einschränkung der Arbeit der RfH führte auch in Schlesien zu einem Rückgang der Aktivität. Der Preußische Ministerpräsident sprach sich daher in einem Schrei-

123) Das Parlament, Bonn, 5. 7. 1961, S. 14.

124) BA, R 43 I/2512.

125) BA, R 43 I/2514.

126) Strahl-Aufz., S. 108.

127) BA, R 43 I/2514.

128) HD X/18, S. 289.

129) HD XI/1, S. 6/8.

130) HD XI/4, S. 57/8.

131) Strahl-Aufz., S. 106/7

132) BA, R 43 I/2512.

133) Ebenda.

134) BA, R 43 I/2513.

135) München-Augsburger Abendzeitung vom 10. 10. 1930.

136) BA, R 43 I/2513.

ben<sup>137)</sup> an den Reichsinnenminister dagegen aus, wobei er sich auf Dr. Lukaschek berief. Die seinerzeitige umstrittene Zusammenarbeit bei den Abstimmungskämpfen in Oberschlesien hatte offensichtlich doch noch zu einem fruchtbaren Zusammenwirken im latenten Volkstumskampf in diesem Gebiet geführt.

Selbst der Reichsfinanzminister Dietrich sah sich genötigt, den Reichskanzler auf eine Verstärkung der Aufklärungsarbeit in den Provinzen hinzuweisen<sup>138)</sup>.

Inzwischen war nämlich der weitere Abbau der Organisation der RfH fortgesetzt worden<sup>139)</sup>. Zum 1. 4. 1931 waren die Landesabteilung Mitteldeutschland (Halle) und die Landesabteilung Siegerland (Siegen) ganz aufgelöst worden. Außerdem wurde die regionale Gliederung in einigen anderen Fällen geändert. Der Personalbestand in den Landesabteilungen wurde rigoros auf je eine „leitende Kraft und eine Schreibhilfe“ gekürzt. Nur München und Essen, den beiden größten Außenstellen, wurden zusätzlich noch ein Referent zugestanden. Die Berliner Zentrale mußte im September ihr großes Haus in der Potsdamer Straße 41 aufgeben und kleinere Diensträume in der Prinz Albrecht Straße 3 beziehen<sup>140)</sup>. Ihre beiden langjährigen Untermieter, den „Deutschen Frauenausschuß zur Bekämpfung der Schuldlüge“ und den „Bund der Heimattreuen Ost- und Westpreußen“, mußte sie aber mitnehmen und in den beschränkten neuen Räumen unterbringen.

Damit war die Reichszentrale für Heimatdienst in der Kanzlerzeit Brüning's auf ein Minimum reduziert worden. Im Frühjahr 1932 gab es noch eine Auseinandersetzung anlässlich der Wiederwahlkampagne für Hindenburg. Die RfH hatte es abgelehnt<sup>141)</sup>, bei dieser Kampagne mitzuwirken und bezog sich dabei auf ihre Verpflichtung zu Neutralität. Daraufhin schied der Referent Dr. Gritzbach aus ihren Diensten aus und übernahm die Organisationsleitung des Wiederwahlausschusses. Gritzbach wurde später Vertrauter und Biograph Göring's.

Als Papen im Sommer 1932 zum Kanzler ernannt worden war, schöpfte die RfH sogleich Hoffnung auf neue Möglichkeiten. Strahl

reichte am 16. 7. 1932 eine Denkschrift<sup>142)</sup> an den neuen Chef der Reichskanzlei, Planck, ein, in der er unter dem Titel „Der Propagandaapparat der RfH“ nochmals auf ihren möglichen Einsatz gerade in dieser Zeit hinwies.

Ein Besuch Papen's in den Diensträumen der RfH hatte dazu beigetragen, diese neuen Hoffnungen zu wecken. Strahl schreibt<sup>143)</sup> darüber: „So kam es, daß der Reichskanzler von Papen schon wenige Tage nach seinem Amtsantritt in den Diensträumen der RfH (Ecke Wilhelm- und Prinz Albrechtstraße) erschien, sich die Mitarbeiter vorstellen ließ — ich selbst kannte ihn schon aus seiner früheren Abgeordnetenzeit im Preußischen Landtag — und eine Besprechung über das Arbeitsprogramm der RfH mit uns abhielt.“ Resigniert fügt er aber hinzu, daß es doch nicht mehr zu einer großen Aktion gekommen sei.

Am 17. 9. 1932 wurde der Leiter der RfH sogar wieder dem Leiter der Vereinigten Presseabteilung und Pressechef der Reichsregierung unterstellt<sup>144)</sup>. Damit war der Zustand vor der Eingliederung 1927 in die Reichskanzlei wiederhergestellt worden.

In seinem Ausblick für 1933<sup>145)</sup> „Aufgaben und Ziele der Volksaufklärung im kommenden Jahr“ beurteilt Strahl das Jahr 1932 für die RfH folgendermaßen:

„Die Reichszentrale für Heimatdienst kann mit besonderer Befriedigung feststellen, daß ihr trotz der innenpolitischen Spannungen des vergangenen Jahres ihre Vertrauensleute aus allen politischen Lagern fast ausnahmslos treu geblieben sind, ja, daß es gelungen ist, manche neue Mitarbeiter aus bisher fernstehenden Kreisen hinzuzugewinnen. Freilich ist die sachliche Arbeit in der vergangenen Zeit vielfach durch die politischen Verhältnisse, namentlich in den erregten Wochen der Wahlkämpfe, behindert und auch durch die infolge der Sparmaßnahmen des Reichs vorgenommenen Einschränkungen erschwert worden. Trotzdem ist es der Reichszentrale, nicht zuletzt dank der freiwilligen Leistungen ihrer Mitarbeiter, gelungen, selbst hinsichtlich des Umfanges einigermaßen den früheren Stand ihrer Arbeit aufrechtzuerhalten . . .“

Das bloße Erhalten des sowieso reduzierten status quo, vor allem in quantitativer Hinsicht, erscheint in heutiger Sicht als ein ver-

137) HAB, Rep. 77—5774.

138) BA, R 43 I/2514.

139) „Die Einschränkungen in der Organisation der Reichszentrale für Heimatdienst“, Artikel in HD XI/7, S. 112/3.

140) BA, R 43 I/2514 u. 2515.

141) Strahl-Aufz., S. 104.

142) BA, R 43 I/2515.

143) Strahl-Aufz., S. 109.

144) BA, R 43 I/2515.

145) HD XIII/1, S. 2.

gebliches Mühen in den politischen Wogen dieses kritischen Jahres. Die Bedeutung und der Einfluß der RfH, das läßt sich nicht leugnen, waren stark gesunken, während eine Aufwertung und Intensivierung ihrer Arbeit das Gebot der Stunde gewesen wären. So erscheinen auch die Pläne für 1933, die besonders auf wirtschaftliche Fragen und die Außenpolitik zugeschnitten waren, als ein Ausweichen von der eigentlichen innenpolitischen Aufgabe: der Erhaltung der demokratischen Republik.

Die Machtübernahme Hitlers leitete die Schlußphase der Geschichte der RfH ein.

In den letzten Wochen bis zu ihrer Auflösung beschränkte sie sich noch mehr auf Themen, die von den neuen Machthabern akzeptiert werden konnten: Abrüstung, Siedlungsfragen und Arbeitslosigkeit. Außerdem tauchten nun im „Heimatsdienst“ Erklärungen der Nationalsozialisten auf.

Inzwischen war die eigentliche Machtübernahme vollzogen worden. Nun konnte an die Umgestaltung des Behördenapparates im einzelnen gegangen werden. Goebbels' Pläne für ein „Reichskommissariat für Volksaufklärung und Propaganda“ zur Straffung und Rationalisierung in diesem Bereich hatten in ihren Kern einen richtigen Ausgangspunkt. Es war in der Weimarer Republik nie gelungen, die Vielzahl von Regierungsstellen auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit etc. zu einem erfolgreichen Zusammenwirken zu bringen. Hitler konnte in der Kabinettsitzung am 11. 3. 1933 daher und außerdem durch geschicktes Taktieren sogar die Schaffung eines neuen „Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda“ erreichen<sup>146)</sup>. Damit wurde nicht nur der Arbeitsbereich der RfH, sondern sogar auch die von ihr bisher verwendete Bezeichnung „Volksaufklärung“ von den Nationalsozialisten für Goebbels usurpiert. Die Konsequenz daraus ließ nicht lange auf sich warten. Am 18. März erschien im Reichsgesetzblatt<sup>147)</sup> folgender Erlaß:

„Erlaß über die Auflösung der Reichszentrale für Heimatsdienst vom 15. März 1933.

Die Reichszentrale für Heimatsdienst wird am 16. März 1933 aufgelöst.

146) Vgl. Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer, Gerhard Schulz, „Die Nationalsozialistische Macht ergreifung“, Köln-Opladen 1960, S. 549.

147) RGBl. I, Nr. 22 v. 18. 3. 1933, S. 107.

Berlin, den 15. März 1933.

Der Reichspräsident  
von Hindenburg  
Der Reichskanzler  
Hitler“

Eine Dienststelle, die den Nationalsozialisten immer als eine Domäne der Weimarer Demokraten, insbesondere der Sozialdemokraten, erschien, war damit beseitigt. Der Beschluß, zwei Tage nach der Errichtung des Propagandaministeriums, zeigt, daß nicht an eine Überführung und einen ordnungsgemäßen Einbau in den neuen Apparat gedacht war. Die Reichszentrale wurde nicht übernommen, sondern zerschlagen. Am 17. 3. 1933 ging folgende Dienstanweisung<sup>148)</sup> an die Leiter der Landesabteilungen heraus:

„Am 15. März 1933 hat das Reichskabinett mit Rücksicht auf die Bildung des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda beschlossen, die Reichszentrale für Heimatsdienst aufzulösen, für die jetzt keine staatspolitische Notwendigkeit mehr bestehe. Das Auflösungsdekret ist von dem Herrn Reichspräsidenten vollzogen und wird im Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Auf Grund von Anordnungen des Propagandaministers soll die Auflösung mit äußerster Beschleunigung durchgeführt werden . . .“

Die Abwicklung der Auflösung selbst wurde dem bisherigen stellvertretenden Leiter der RfH, Dr. Ziegler, übertragen<sup>149)</sup>. Er wurde ins Propagandaministerium übernommen<sup>150)</sup> (außer ihm nur noch die Mitarbeiter A. Barth [Leiter der LA. Brandenburg] und der Referent Dr. Schrötter) und stieg später dort noch zum Ministerialrat auf. Alle anderen Mitarbeiter wurden zunächst zwangsbeurlaubt<sup>151)</sup> und später entlassen. Gegen den Geschäftsführer des Zentralverlags Jäger, wurde ein Strafverfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet, bei welchem er allerdings freigesprochen wurde.

Die Reichszentrale für Heimatsdienst hatte nun nach fast genau fünfzehnjährigem Bestehen während dreier Regime und nach einer bewegten Entwicklung ihr Ende gefunden.

148) Dienstanweisung (Brief) an R. Muckermann, LA Essen, v. 17. 3. 1933 (eingesehen vom Verfasser am 24. 10. 1961 in Kettwig).

149) BA, R 43 I/2515.

150) Strahl-Aufz., S. 111.

151) Brief von Dr. Ziegler vom 20. 4. 1933 bei Muckermann, a, a O.

## f) Zeittafel zur Geschichte der Reichszentrale für Heimatdienst

29. Juli 1917 „Leitsätze für den vaterländischen Unterricht unter den Truppen“.
- Winter 1917/1918 Der Direktor der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes, Ministerialdirektor Deutmoser, beschäftigt sich mit Plänen für eine zivile Aufklärungsstelle.
1. März 1918 Mit Zustimmung des Vizekanzlers v. Payer nimmt die „Zentralstelle für Heimataufklärung“ (ZfH) unter Deutmosers Leitung die Arbeit auf.  
Büroleitung: Assessor Dr. Strahl vom AA. Einige Zeit später setzt sich der Name „Zentrale für Heimatdienst.“ durch.
- Ende Oktober 1918 Unterstellung der ZfH unter Staatssekretär Erzberger, Herausgabe der „Richtlinien“.
9. November 1918 ZfH druckt Aufrufplakate für Ebert und schlägt diese in Berlin an.
10. November 1918 ZfH arbeitet einige Tage als Teil der Reichskanzlei (vor allem Erkundungsdienst im Reich).
- November 1918 Unterstellung der ZfH unter den Volksbeauftragten Scheidemann.
- Dezember 1918/  
Januar 1919 Rednerschulung, Plakataktionen usw. für Rat der Volksbeauftragten gegen Spartakusbewegung, vor allem in Berlin.
- Frühjahr 1919 Umbau und Ausbau der ZfH, Abwicklung der militärischen Aufklärungsstellen, Übernahme des Aufklärungsapparates des Demobilisationsamtes, Entstehen der Außenstellen im Reich.
16. August 1919 Reichskanzler Bauer sanktioniert auf einer Sitzung in Weimar mit Regierungsvertretern die Neuordnung der ZfH.  
Unterstellung als Reichsmittelbehörde unter den Pressechef der Reichsregierung.  
Etat weiterhin im Auswärtigen Amt. Die Stelle des Leiters in Beamtenstelle umgewandelt. Dr. Strahl daraufhin am 1. 4. 1920 zum Regierungsrat ernannt.
- November 1919 Der Chef der Reichskanzlei gibt bekannt, daß die Behörde nunmehr unter der Bezeichnung „Reichszentrale für Heimatdienst“ (RfZ) arbeite.
1. Januar 1920 Gründung der „Deutschen Zentralverlags“, der künftig die Publikationen der RfH betreut. Das Lichtbildwesen wird 1922 abgezweigt und dem neugegründeten „Deutschen Lichtbilddienst“ übertragen. Beide privatrechtlich organisierten Firmen gehören der RfH und unterstehen ihr auch.
- März 1920 RfH beim Kapp-Putsch in Regierungsdiensten, Dr. Strahl als Berater Eberts und Noskes in Stuttgart und gemeinsame Rückkehr im Sonderzug nach Berlin.
1. August 1920 Erste Ausgabe der Halbmonatszeitschrift „Heimatdienst“ erscheint.

1920 und 1921	RfH im Einsatz bei den Abstimmungskämpfen in Schleswig-Holstein, Ostpreußen und Oberschlesien.
1920/1921	Verkleinerung des Apparates der RfH: Zentrale von 131 Personen auf 87 Personen; Landesabteilungen von 250 auf 165 Personen.
5. Juli 1921	Nach Debatte im Reichstag grundlegender Beschluß über die RfH, fortan als Quasi-Satzung wirksam: „1. Die Einrichtung dient der sachlichen Aufklärung über außenpolitische, wirtschaftspolitische, soziale und kulturelle Fragen, und zwar nicht im Geiste einzelner Parteien, sondern vom Standpunkte des Staatsganzen; 2. Die Reichsregierung wird einen parlamentarischen Beirat berufen; 3. unter den Berufsarbeitern und Vertrauensmännern sollen die im parlamentarischen Beirat vertretenen Gruppen entsprechend ihrer Bedeutung im Volksleben vertreten sein.“
30. September 1921	Konstituierende Sitzung des Beirats, Beteiligung des Reichsrats erst einige Jahre später.
13. September 1922	Dr. Strahl wird künftig bei entsprechenden Themen zu Sitzungen des Reichskabinetts zugezogen.
14. Januar 1923	RfH organisiert erste große Massenversammlung in Deutschland. Auf dem Königsplatz in Berlin versammeln sich ca. 200 000 Personen zum Protest gegen den Ruhreinbruch.
1923	RfH in starkem Einsatz beim Ruhrkampf.
1923	Dr. Strahl zum Oberregierungsrat ernannt.
Bis 1924	Weitere Verkleinerung des Mitarbeiterstabes.
1926	Dr. Strahl zum Ministerialrat ernannt.
28. u. 29. Januar 1927	1. Reichskonferenz für Stamm-Mitarbeiter der RfH im Vortragswesen in Berlin.
1. April 1927	RfH in die Reichskanzlei eingegliedert, auch etatmäßig; Schaffung weiterer Beamtenstellen.
11. April 1927	Ernennung Dr. Zieglers (stellv. Leiter) und Prof. Roloffs zu Oberregierungsräten sowie der Abteilungs-Leiter Barth, Drege und Horwitz zu Regierungsräten.
März 1928	Zehnjahresfeier des Reichsheimatdienstes unter starker öffentlicher und amtlicher Beteiligung, Festschrift.
2. November 1928	Erste Ausgabe der Monatsschrift „Deutschland“ für die Auslandsdeutschen und Missionen.
17. September 1929	Zum Verfassungsjubiläum: Eröffnung der Wanderausstellung „Deutscher Lebenswille“.

Ab 1930	Starke Einschränkung des Etats der RfH infolge der Sparpolitik Brüning's.
1931 und 1932	Denkschriften Dr. Strahls betr. Einsatz der RfH zur Bekämpfung der Nationalsozialisten.
17. September 1932	Unterstellung der RfH wieder unter den Pressechef der Reichsregierung.
15. März 1933	Erlaß des Reichspräsidenten betr. Auflösung der RfH zum 16. 3. 1933.
Im Laufe des Sommers 1933	Liquidierung der RfH unter Dr. Ziegler, der ins Propagandaministerium übernommen wird.

### Exkurs:

#### Der Name „Heimatsdienst“ und seine Entstehung

Der Name „Heimatsdienst“ ist vielfachen Mißdeutungen und Vermutungen ausgesetzt. Zuerst taucht er in der Bezeichnung der Dienststelle auf, die am 1. März 1918 mit der „Aufklärungsarbeit“ in der Heimat beauftragt worden ist. Diese „Zentralstelle für Heimataufklärung“ (ZfH)<sup>1)</sup> sollte nach ihren „Richtlinien für den Aufklärungsdienst in der Heimat“ (vom 10. März 1918) die „innere Kraft des deutschen Volkes im Kriege stählen“. Daraus geht hervor, daß mit dem Namensbestandteil „Heimat“ eine Zuständigkeitsabgrenzung gegenüber der Aufklärungsarbeit an der Front (durch die militärischen Stellen) und im Ausland (durch das Auswärtige Amt) geschaffen werden sollte. Der Begriff „Aufklärung“ war bereits im Jahre 1917 für die politische Schulung der Truppen eingeführt worden. Später ist diese Tätigkeit dann in „Vaterländischer Unterricht“ umbenannt worden. Der Namensbestandteil „Dienst“ ist schon früher in ähnlichem Zusammenhang verwendet worden. Bereits im Oktober 1914 wurde für Zwecke der Auslandspropaganda des Deutschen Reiches (vor allem im neutralen Ausland) eine „Zentrale für Auslandsdienst“ eingerichtet. An ihrem Zustandekommen hat vor allem Erzberger mitgewirkt, nicht dagegen an der Einrichtung des späteren Heimatsdienstes. Der Aus-

landsdienst wurde aber 1917 bereits wieder aufgelöst. Der Begriff „Dienst“ taucht im gleichen Jahre wieder auf bei der neugegründeten kurzlebigen „Zentralstelle des reichsamtlichen Pressedienstes“, mit der eine Straffung des gesamten Presse- und Propagandawesens beim Reichskanzler versucht wurde. Ihre ebenso kurzlebige Nachfolgerin 1918 hieß: „Zentralstelle für Werbe- und Aufklärungsdienst für das In- und Ausland“.

Seit der Unterstellung unter Erzberger im Oktober 1918 hieß die Stelle dann „Zentrale für Heimatsdienst“. Im November 1919 teilt der Chef der Reichskanzlei, Unterstaatssekretär Albert, in einem Schreiben<sup>2)</sup> an die Postverwaltung mit, daß die ZfH nunmehr „Reichszentrale für Heimatsdienst“ heiße. Als Abkürzungen wurden seitdem die Buchstaben „RfH“ benutzt. Daran hat sich bis zur Auflösung im März 1933 nichts geändert.

Nicht haltbar ist die Version, die insbesondere in östlichen Publikationen<sup>3)</sup> auftaucht, daß der Heimatsdienst gemeinsam mit dem Frontdienst im Weltkrieg geschaffen worden sei und daß der Heimatsdienst gewissermaßen das anachronistische Überbleibsel eines ursprünglichen Zwillingspaars sei. Es hat nie einen so benannten „Frontdienst“ gegeben. Der Heimatsdienst ist ganz im Gegenteil gewissermaßen in Opposition zur militärischen Aufklärungs-

1) Der Name „Zentralstelle“ oder „Zentrale“ war zu diesem Zeitpunkt bereits durch die vielen kriegswirtschaftlichen Sonderbehörden für das ganze Reich eingeführt. Er sollte sicherlich nach außen hin zeigen, daß die Länder sich auf einem bestimmten Gebiet einer zentralen Leitung unterordneten.

2) BA, R 43 I/2503.

3) So z. B. „Deutsche Lehrerzeitung“ VII/39 Berlin, 23. 9. 1960, S. 2 sowie „Dokumentation der Zeit“, Inf. Archiv, herausgegeben vom Deutschen Institut für Zeitgeschichte, Berlin, Heft 246/1961, S. 12—13.

arbeit und nicht in einer Einheit mit ihr geschaffen worden. Nur in dieser Oppositionsstellung besteht ein Zusammenhang mit der militärischen Propaganda.

Um die Jahreswende 1918/19 hat es außerdem noch eine — nichtstaatliche — Konkurrenz einrichtung zum Heimatdienst gegeben: den „Werbedienst der deutschen Republik“. Die Lebensdauer dieser Organisation, eines Produktes der Umsturzzeit, war jedoch nur kurz.

Nicht haltbar ist die manchmal auch noch anzutreffende Deutung, den Namen „Heimatdienst“ aus dem Bereich der Heimatkunde heraus zu erklären. Ebensowenig kann dafür der „Heimatschutz“ aus der Zeit der Grenzlandkämpfe herangezogen werden, wenn auch der Heimatdienst gerade bei seiner Mitwirkung in den Abstimmungskämpfen sehr gut und allen verständlich unter seiner Bezeichnung arbeiten konnte.

## Schlußthesen

### a) Die politische Bedeutung der Reichszentrale für Heimatdienst

1. Die Reichszentrale für Heimatdienst (RfH) ist die erste staatliche Dienststelle für politische Bildungsarbeit in Deutschland gewesen.

2. Derartige staatsbürgerliche Bildungsstellen sind ein deutsches Spezifikum in der Ausformung des demokratischen Regierungssystems, das ohne Parallele im Ausland ist.

3. Die RfH hat neben politischen Bildungsaufgaben auch noch Presseamtsfunktionen und (in Ansätzen) Obliegenheiten der Meinungsforschung und des Verfassungsschutzes wahrgenommen.

4. Die RfH als Behörde der Reichskanzlei ist zusammen mit der Vereinigten Presseabteilung der Reichsregierung ein Meilenstein in der Entwicklung des modernen deutschen Regierungssystems. Seitdem ist die Beobachtung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung institutionalisiert.

5. Die RfH ist ein aktiver Faktor der Politik in der Weimarer Republik gewesen. Besonders

Der im Kriege entstandene und nur aus der Aufgabenstellung in dieser Zeit verständliche Name „Heimatdienst“ ist in der Weimarer Republik beibehalten worden und — soweit sich übersehen läßt — als solcher nie ernsthaft angegriffen worden. Dies ist nicht nur aus dem Beharrungsvermögen und dem Traditionalismus der Bürokratie, zu der die RfH als Reichsdienststelle unvermeidlicherweise auch gehörte — zu erklären. Sicher wird die „Tarnung“ unter diesem unverfänglichen Namen, aus dem vor allem nicht hervorging, daß es sich um eine staatliche Stelle handelte, willkommen gewesen sein. In Deutschland haben zudem beide Namensbestandteile einen hohen semantischen Stellenwert. „Heimat“ und „Dienst“ erwecken leider positivere Assoziationen als „politische Bildung“.

Aus diesen Gründen ist es auch erklärlich, daß die 1952 auf Bundesebene geschaffene Nachfolgeeinrichtung „Bundeszentrale für Heimatdienst“ genannt wurde, ebenso einige entsprechende Stellen in den Ländern.

hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang ihre positive Rolle bei:

der Behauptung der demokratischen Kräfte in der Zeit des Umsturzes 1918/1919 und beim Kapp-Putsch,

bei den Volksabstimmungen in den Grenzgebieten,

beim Ruhrkampf 1923.

6. In der RfH haben die demokratisch gesinnten politischen Kräfte während der Weimarer Republik zusammengearbeitet, während die Kommunisten und Nationalsozialisten immer ausgeschlossen waren.

7. Obwohl die RfH zusätzlich Mittel zur Bekämpfung der staatszerstörenden Kräfte am Ende der Weimarer Republik wünschte, hat sie selbst ihre vorhandenen Möglichkeiten unter falscher Auslegung des Begriffes der Überparteilichkeit nicht wirkungsvoll dazu benützt.

8. Bei dem Prozeß der Auflösung der Weimarer Republik hat die Reichsregierung auch insofern versagt, als sie weder die Instrumente der Propaganda noch der politischen Bildung gegen die radikalen Kräfte einsetzte.

**b) Die Bedeutung  
der Reichszentrale für Heimatdienst  
für die politische Bildung in Deutschland**

9. Auf dem Gebiet der politischen Bildung hat die RfH Pionierarbeit in Deutschland geleistet, die in ihren Grundzügen noch heute nicht überholt ist.

10. Als Lehren aus dem Wirken der RfH sind für die heutige politische Bildungsarbeit folgende Gesichtspunkte besonders hervorzuheben:

a) Politische Bildungsarbeit ist eine legitime Daueraufgabe des modernen demokratischen Staates. Ihr kommt im Zeitalter ideologischer Auseinandersetzungen und anderer großer geistiger Herausforderungen steigende Bedeutung zu.

b) Staatliche politische Bildungsarbeit darf keinen Monopolanspruch erheben, sondern muß sich der Konkurrenz anderer nichtstaatlicher Einrichtungen auf diesem Gebiet stellen.

c) Sie darf von der Regierung nicht für ihre eigenen Zwecke eingesetzt werden, sondern steht außerhalb des politischen Machtkampfes zwischen Regierung und Opposition.

d) Sie muß überparteilich sein, ohne die entscheidende Rolle der demokratischen Parteien und Verbände im Pluralismus zu negieren.

e) Gegen Kräfte, die den demokratischen Staat mit seiner freiheitlich-rechtsstaatlichen

Grundordnung zerstören wollen, hat sie wie die anderen staatlichen Organe mit aller Entschlossenheit vorzugehen.

f) Der wirksamen Kontrolle ihrer Überparteilichkeit ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Politische Bildungsarbeit ist nur dann glaubwürdig und damit überhaupt erst effektiv, wenn sie überparteilich ist.

g) Politische Bildungsarbeit ist jedoch nicht wertfrei. Sie bekennt sich zu den in der Verfassung verbindlich festgelegten Grundwerten und Spielregeln.

h) Politische Bildung muß immer das Spannungsverhältnis von Verfassung und Verfassungswirklichkeit berücksichtigen, wenn sie sich nicht der Gefahr der sterilen Lebensfremdheit aussetzen will.

i) Die mehr oder weniger unverbindliche Wissensvermittlung ist nicht Endzweck ihrer Bemühungen, sondern nur eine Grundlage, um höhere Ziele zu erreichen. Diese lauten: demokratisches Verhalten und demokratische Haltung.

j) Erziehung zur Staatsgesinnung darf nur ein Teilaspekt dieses größeren Bildungsauftrages sein, wenn die Demokratie nicht nur als Regierungsform, sondern auch als Lebensform verstanden wird. *Die Erziehung und Heranbildung von Demokraten steht daher im Mittelpunkt der politischen Bildungsarbeit.*

## Abkürzungen

AA	Auswärtiges Amt	MdR	Mitglied des Reichstags
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund	NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
BA	Bundesarchiv Koblenz	PAB	Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes Bonn
BVP	Bayerische Volkspartei	RfH	Reichszentrale für Heimatdienst
DAZ	Deutsche Allgemeine Zeitung	RGBI	Reichsgesetzblatt
DDP	Deutsche Demokratische Partei	RK	Reichskanzler
DLD	Deutscher Lichtbildienst G. m. b. H.	RL	Richtlinien der RfH
DNVP	Deutschnationale Volkspartei	RR	Reichsregierung
DVP	Deutsche Volkspartei	RT	Reichstag
HAB	Hauptarchiv Berlin		
HD	Zeitschrift „Der Heimatdienst“	Reichstagsprotokolle	
HHA	Haushaltsausschuß des Reichstags		Stenographischer Bericht der Verhandlungen des Reichstags
Jg.	Jahrgang		
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands	SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
LA	Landesabteilung der Reichszentrale für Heimatdienst	USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
MdNV	Mitglied der Nationalversammlung	ZfH	Zentrale für Heimatdienst

## Inhalt der gesamten Arbeit

### Einleitung

- I. Das deutsche Propagandawesen im Ersten Weltkrieg
- II. Die Geschichte der Reichszentrale für Heimatdienst
- III. Die politische Kontrolle des Heimatdienstes
- IV. Die Struktur des Heimatdienstes
- V. Zur Sacharbeit und den Methoden der Arbeit
- VI. Kritische Würdigung der Rolle des Heimatdienstes
- VII. Schlußthesen